:antifaschistische nachrichten Nr. 4

g 3336 25.2.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Nazifrei"-Blockaden erfolgreich: Aufmarsch verhindert

Über 10.000 Menschen bei Protesten in der Dresdner Neustadt

www.arbeiterfotografie.com

Beim Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!" – den OrganisatorInnen der Blockaden – herrscht Begeisterung: Über 10.000 Menschen verhinderten zum ersten Mal den jährlichen Nazi-Aufmarsch in der sächsischen Landeshauptstadt. Über Stunden besetzten sie Straßen und Plätze in unmittelbarer Umgebung des Neustädter Bahnhofs. Gegen 17 Uhr kam die Erfolgsmeldung: die Polizei bricht die Nazi-Veranstaltung wegen der Proteste ab.

Für das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!" ist die Verhinderung des Naziaufmarschs ein großer Erfolg. „Über 10.000 Menschen aus Dresden und aus der ganzen Bundesrepublik haben den Sammelpunkt der Nazis abgeriegelt – Dank an alle, die sich an den Massenblockaden beteiligt haben und sich nicht einschüchtern ließen", erklärte Bündnis-Sprecherin Lena Roth. „Es war nicht einfach, es gab Verletzte durch Nazi-Angriffe und es war saukalt – aber es hat sich gelohnt."

www.arbeiterfotografie.com

Erstmalig, so betonte Roth, sei es gelungen, den größten Naziaufmarsch Europas zu stoppen. Ausschlaggebend für den Erfolg seien die Vielfalt und die Entschlossenheit des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!" sowie das klare Blockade-Konzept gewesen.

„Die Strategie der Einschüchterung im Vorfeld hat den Dresdner Behörden nichts genützt. Im Gegenteil: Auch im Anschluss an Orosz' (Dresdens Oberbürgermeisterin, d. Red.) Menschenkette strömten noch tausende Menschen in die Neustadt, um die Blockaden zu unterstützen", erklärte Roth weiter. Die Menschenkette in großer Entfernung zum Geschehen kritisierte Roth als „rein symbolische Show. Orosz will immer nur ‚Signale' aussenden, aber darüber lachen die Nazis. Unsere Blockaden in der Neustadt haben den Aufmarsch dagegen wirklich verhindert."

Zu den Massenblockaden hatte auf Initiative des antifaschistischen Bündnisses „No pasaran" ein bundesweiter Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Parteien, antifaschistischen Gruppen und Gewerkschaften aufgerufen. Im Vorfeld hatten sich über 600 Organisationen und rund 2000 Einzelpersonen in den Unterstützerlisten eingetragen.

Stellungnahme des Bündnisses „Dresden - nazifrei" http://www.dresden-nazifrei.com/ ■

Links = Rechts ?
Merkel-Regierung setzt Ungleiches gleich!

Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE, berichtet aus dem Bundestag und setzt sich mit der Landesregierung NRW auseinander

Zum Umgang mit der Geschichte am Beispiel der NS-Ordensburg Vogelsang

Kurt Heiler, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Aachen (VVN-BdA)

Samstag, 13. März 2010
14.00 Uhr bis 17.30 Uhr
Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Kleines Forum

Veranstalter: Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten

Antifaschistische Nachrichten c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-2116 58

Reaktionen auf Dresden

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Dr. André Hahn, zieht nach dem 13. Februar 2010 in Dresden diese Bilanz:

Der 13. Februar 2010 in Dresden wird seinen Platz in den Geschichtsbüchern haben: Erstmals waren sich alle demokratischen Parteien in ihrem Auftreten gegenüber Nazis grundsätzlich einig – das hat sich auf die Mobilisierungskraft für die eindrucksvolle symbolische Menschenkette in der Altstadt überaus positiv ausgewirkt. Mindestens genau so bedeutsam aber ist, dass endlich auch in Dresden die Nazis durch den couragierten Einsatz vieler Organisationen und Initiativen daran gehindert wurden, auch nur einen einzigen Meter gemeinsam marschieren zu können.

Beides zusammen macht meine Genugtuung angesichts dieses Tages aus, der wirklich in jeder Hinsicht würdigem und historisch wahrhaftigem Gedenken förderlich war. Und deshalb haben wir uns, habe auch ich mich persönlich, ganz bewusst an beiden Aktionsformen beteiligt. Mit der gut achtstündigen Fraktionssitzung unter freiem Himmel, die die sächsische Landtagsfraktion der LINKEN gemeinsam mit unseren Landtags-Kollegen aus Hessen und Thüringen, mit Europa- und Bundestagsabgeordneten sowie Politikern aus Tschechien und Polen durchgeführt hat, haben wir unseren Beitrag dazu geleistet, dass der geplante Neonazi-Aufmarsch nicht zustande kam.

Nun sollten alle zivilgesellschaftlichen, demokratischen Kräfte an diese Erfahrung anknüpfen und den gewonnenen produktiven Konsens im Interesse eines weltoffenen Sachsen weiterentwickeln. Denn bei diesem Thema ist noch einiges zu tun! ...

PM Linksfraktion Sächsischer Landtag

NPD-Fraktionsvorsitzender Holger Apfel zum Verhalten der Behörden:

„Was wir am 13. Februar 2010 erlebt haben, ist ein Skandal. Die BRD ist offenkundig nur noch die Karikatur eines Rechtsstaates, auf den sich die Herrschenden doch so gern berufen. Wenn man nicht einmal mehr Gerichtsentscheidungen akzeptiert, sondern die einmal festgelegte Strategie mit Hilfe des gewalttätigen linken Mobs einfach durchsetzt, führt man die so oft bemühte, freiheitliche demokratische Grundordnung' selbst ad absurdum. Den Vertretern des etablierten Parteienkartells und ihren Hilfswilligen ist es bereits seit längerer Zeit ein Dorn im Auge, daß alljährlich volkstreue Deutsche nach Dresden kommen, um den Opfern des Bombenterrors zu gedenken. ... Dieses Gedenken mußte in diesem Jahr mit aller Macht verhindert werden, was auch ganz offen so gesagt wurde. Stellvertretend sei hier nur das Gegeifer der Dresdner CDU-Oberbürgermeisterin Helma Orosz angeführt, die bezüglich der Teilnehmer des Trauermarsches von ‚braunen Horden' und einer ‚Bande' sprach.

...Selbstverständlich wird die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dafür sorgen, daß die Blockade des Trauermarschs durch das Zusammenwirken der Behörden und sogenannter ‚Antifaschisten' ein parlamentarisches Nachspiel haben wird.

Erklärung des Auschwitz-Komitees zum Naziaufmarsch zur Erinnerung an den 13. Februar 1945 in Dresden.

Vor der Bombardierung war Auschwitz

Gemeinsam Alt- und Neonazis am 13. Februar 2010 in Dresden stoppen!

Dresden, 13. Februar. Seit 1998 ist Dresden regelmäßiger „Gastgeber" des größten europaweiten Naziaufmarschs. Im Jahr 2009 waren es mehr als 6000 Neonazis aus dem In- und Ausland, über Jahre haben sie sich in Dresden mehr oder weniger ungestört gesammelt und ihre Deutung der Dresdner „Opfer-Geschichte" verbreitet. Dresden ist zu einem Symbol fehlgeschlagener „Gedenk-kultur" geworden.

Und es scheint immer noch Menschen zu geben, die meinen, die Neonazis würden von selbst verschwinden, wenn nur niemand hinschaut, wenn ihnen keine Beachtung geschenkt würde und sie „unter sich" blieben. Wegsehen ändert nichts. Wir unterstützen die Bündnisse no pasarán und Dresden nazifrei!, die sich entschlossen den Nazis entgegenstellen. Wer schweigt, stimmt zu!

Was Überlebende von Konzentrationslagern empfinden, wenn sie sehen, wie Neonazis von Polizei und Justiz geschützt werden, hat Esther Bejarano, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück und Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, gesagt:

„Wer nicht durch die Hölle von Auschwitz gegangen ist, kann es schwer erahnen, was dies für die Übriggebliebenen bedeutet hier zu leben, als wäre Auschwitz nie geschehen. Es war das organisierte Schweigen und Verschweigen, eingehüllt in eine Decke des Schweigens, uns aber blieb der Alptraum in der Nacht, das wiedererlebte Entsetzen, das uns aus dem Schlaf reißt."

Wir fordern die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin Merkel auf, endlich nach Artikel 139 Grundgesetz und entsprechend dem Potsdamer Abkommen alle faschistischen Nachfolgeorganisationen, ihre Schriften und Embleme zu verbieten und ihre Aktivitäten zu unterbinden.

Kämpfen wir für ein friedliches Leben ohne Rassismus und Antisemitismus.

Das sind wir den Millionen Opfern der faschistischen Verbrechen schuldig.

Notfalls auch mit den Mitteln zivilen Ungehorsams wie Blockaden von Nazidemos, denn ziviler Ungehorsam ist unser Recht – nach Grundgesetz und Völkerrecht!

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Kontakt: AuschwitzKomitee@t-online.de

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten begrüßte diese Erklärung und unterstützte ebenfalls die Protestaktionen in Dresden.

Aus der Pressemitteilung der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Landesverband Sachsen – keine Satire!

Der 65. Jahrestag der Bombardierung Dresdens ist jährlich am 13. Februar Anlass zu stillem und ehrenvollen Gedenken. Dies wird nicht zuletzt durch die Bevölkerung Dresdens, sondern auch durch demokratische Kräfte unseres Bundeslandes und der Bundesrepublik zum Ausdruck gebracht.

Erschreckend ist in diesem Zusammenhang, dass sich unter diese Demokraten linke Gewalttäter mischten, die weder demokratisch noch friedlich sind und dann auch noch Rückendeckung durch die Medien und Mitglieder des Bundestages bzw. Mitglieder des Landtages erhielten. ... Linke Gewalttäter führen den Staat und seine Institutionen an der Nase herum... Wir als DPolG-Sachsen sind erschüttert, wie sich vom Steuerzahler bezahlte Demokraten des Bundestages von linken Gewalttätern und Systemgegnern instrumentalisieren und für ihre Zwecke einsetzen lassen.

www.arbeiterfotografie.com

Aufmarsch der Neonazis

Wir fordern eine klare öffentliche Abgrenzung von Mitgliedern des Bundestages und der Landtage der Bundesländer von solchen gewalttätigen linken Störern! Es kann und darf nicht sein, dass gewalttätige linke Chaoten sich des Schutzes deutscher Parlamentarier erfreuen! ..."

Entsetzen nach Nazi-Randale

Pirna. Im Nachgang der verhinderten Demonstration der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen anlässlich der Bombardierung Dresdens vor 65 Jahren randalierten ca. 400 Neonazis in Pirna. In den Abendstunden waren sie vom Bahnhof in die Altstadt gezogen und hatten zwei Scheiben des SPD-Büros auf der Langen Straße eingeschlagen. Im Gebäude befindet sich auch das Büro der Pirnaer Aktion Zivilcourage. Einen Passanten

verletzten sie durch Fausthiebe ins Gesicht.

Die Truppe war mit der S-Bahn aus Dresden vom Neonazi-Aufmarsch gekommen und sollte in Reisebusse steigen, die am Pirnaer Bahnhof bereit standen, mit denen man am Morgen angereist war.

Statt direkt zu den acht Bussen zu gehen, liefen die teils vermummten jungen Männer durch Pirnas Straßen, grölten Parolen und bewaffneten sich mit Pflastersteinen.

Im Anschluss an die Randale in Pirna stoppte die Polizei die acht Reisebusse, die inzwischen aus der Stadt in Richtung Autobahn unterwegs waren. Beamte der Bundes- und der Landespolizei stellten in einer eineinhalbstündigen Kontrolle auf dem A 17-Zubringer die Personalien der 400 Businsassen fest. Die Insassen kamen, laut LKA-Sprecherin, unter anderem aus Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, aber auch aus den Niederlanden, Belgien und Griechenland.

Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung 16.2.2010 und Aktion Zivilcourage Pirna ■

Dresden 2009: Ermittlungen eingestellt

Berlin. Auch 2009 hatte es auf der Rückfahrt vom Aufmarsch in Dresden einen Überfall von Neonazis auf Gewerkschafter an der Thüringer Autobahnraststätte Teufelstal gegeben. Wie der Tagesspiegel berichtet, ist dazu keine Anklage in Sicht, geschweige denn ein Prozess. Die Ermittlungen gegen 37 Beschuldigte seien nach widersprüchlichen Zeugenaussagen eingestellt worden, so die Staatsanwaltschaft Gera. Das Verfahren gegen vier Schweden sei zwar noch offen, doch sei bislang kein Rechtshilfeersuchen in die Wege geleitet worden. Eine Auslieferung sei auch nicht zu erwarten.

Bei dem Angriff am 14. Februar 2009 hatte ein hessischer Gewerkschafter schwere Kopfverletzungen erlitten, Kollegen kamen mit leichteren Wunden davon. Belastet hat die Ermittlungen auch, dass die Polizei nach der Tat den Bus der Nazis nur anhielt, um die Personalien aufzunehmen.

Auf eine Gegenüberstellung mit Opfern und Augenzeugen des Überfalls wurde verzichtet. Der Bus mit den Neonazis konnte nach der Kontrolle weiterfahren, die mutmaßlichen Haupttäter aus Schweden verschwanden in ihre Heimat.

Quelle: Tagesspiegel, 10.02.10 ■

Kolonialisten müssen weichen

Korntal-Münchingen. Nach langen Diskussionen und im dritten Anlauf ist in Korntal im Kreis Ludwigsburg beschlossen worden, die nach dem Kolonialkrieger Hermann Wissmann und dem Kolonialpolitiker Carl Peters benannten Straßen umzubenennen. Vor Beginn der Diskussion im vollen Saal des Korntaler Rathauses schilderte Stadtarchivar Brunotte kurz das grausame Vorgehen von Peters und Wissmann gegen die Einwohner des damaligen „Schutzgebietes Deutsch-Ostafrika“.

Die von den Nazis später wieder als Vorbilder verehrten Kolonialisten seien für die Stadt kein Aushängeschild, meinte nun eine Mehrheit im Korntaler Stadtrat. Verbrecher und Anhänger rassistischen Gedankenguts hätten auf Korntals Straßenschildern nichts zu suchen. Gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und zwei Vertretern der „Freien Wähler“ wurde beschlossen, im Zuge der Neugestaltung des Gebietes den Straßen neue Namen zu geben. Eine Kommission soll sich nun um Vorschläge kümmern. Nach Wissmann, der als Offizier und Reichskommissar von 1888 bis 1890 Aufstände im Osten Afrikas blutig niederschlagen ließ, und „Schutzgebiet“-Gründer Carl Peters, der 1890 den völkischen „Alldeutschen Verband“ gründete, sind noch zahlreiche Straßen in deutschen Städten benannt.

hma ■

Ex-NDPler im Integrationsrat

Meerbusch. In Meerbusch (Rhein-Kreis-Neuss) ist am 7. Februar der Österreicher Dr. Erhard Hartung in den Integrationsrat der Stadt gewählt worden. Hartung war 1971 wegen Unterstützung der terroristischen „Los von Rom!“-Bewegung in Südtirol von einem italienischen Gericht in Abwesenheit zu einer lebenslangen Haft verurteilt worden. Anfang der 1980 Jahre gehörte Hartung der Bundesleitung der neofaschistischen „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) in Österreich als Vertreter der NDP in Deutschland an. Die NDP wurde 1988 wegen Verstoßes gegen das österreichische NS-Verbotsgesetz aufgelöst. Die „Unabhängige Wählergemeinschaft“ im Rat der Stadt Meerbusch hatte Hartung zum Verzicht auf seine Kandidatur aufgerufen. Hartung erhielt bei einer Wahlbeteiligung von 7,4 % das drittbeste Ergebnis von den sechs Kandidaten, die in den Integrationsrat gewählt wurden. *hma* ■

Neue Zeitschrift

Görlitz/Viersen. Die „Aktion gegen das Vergessen“ um den ehemaligen Bundesfunktionär der „Schlesischen Jugend“, Jürgen Hösl, will künftig viermal im Jahr eine Zeitschrift mit dem Titel „Vergißmeinnicht“ herausgeben. Den von der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) am 13. Februar in Dresden veranstalteten Aufmarsch sponserte Hösls „Aktion“ mit 500 Euro. Angeblich habe man schon 20.000 Flugblätter zur Mobilisierung nach Dresden verbreitet, heißt es in der Januar-Nummer von „Vergißmeinnicht“. Beworben wird in dem Heft auch der geschichtsrevisionistische Verein „Gedächtnisstätte e.V.“. Dieser habe nun von der damaligen Immobilieneigentümerin des Geländes bei Borna, Gisela Limmer, 220.000 Euro erhalten, „um die gesetzten Ziele in einem neuen Projekt umzusetzen“, wird dort berichtet. Ende Mai wollen Hösl und seine Anhänger wieder „lustige Tage“ am bayerischen Schliersee verbringen, wo alljährlich den gefallenen Freikorps-Männern im oberschlesischen Annaberg gedacht wird. Zuvor wolle man noch eine „großflächige Informationskampagne“ durchführen. Als Anschrift für Bücherspenden für die Bibliothek der „Aktion gegen das Vergessen“ gibt Hösl eine Packstation im niederrheinischen Viersen an. *hma* ■

Klage gescheitert

Freiburg. Die Sekte „Universelles Leben“ (UL), die gerne als Religionsgemeinschaft im urchristlichen Sinne gelten will, ist mit ihrer Klage gegen die katholische Kirche gescheitert.

Nachdem die UL im August vergangenen Jahres alle 27 deutschen Erzbischöfe ergebnislos aufgefordert hatte, dafür zu sorgen, daß sich die römisch-katholische Kirche nicht mehr „christlich“ nennt, hatten fünf Anhänger der UL vor dem Verwaltungsgericht Freiburg geklagt. Die

zweite Kammer des Gerichts wies die Klage nun als unzulässig zurück. Die selbsternannten „Urchristen“ verfügen – vor allem in Süddeutschland – über ein großes Geflecht an Firmen, deren vegetarische Lebensmittelprodukte über eigene Verkaufsstellen, auf zahlreichen Wochenmärkten und über einen Versand verbreitet werden. *hma* ■

Zündel bald wieder auf freiem Fuß

MANNHEIM. Der wegen mehrfacher Leugnung des Holocausts verurteilte Ernst Zündel wird Anfang März aus der Haft entlassen. Das bestätigte der Mannheimer Staatsanwalt Andreas Grossmann. Das genaue Datum der Entlassung sei ihm nicht bekannt, es werde aber um den 1. März liegen, hieß es. Der Rechtsextremist Zündel war im Februar 2007 unter anderem wegen Volksverhetzung zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Er bekam damit die für den Tatvorwurf mögliche Höchststrafe. Der heute 70-Jährige wurde bereits im Jahr 2005 von den Behörden in Kanada an Deutschland ausgeliefert und sitzt seither in der Mannheimer Justizvollzugsanstalt. Der Prozess gegen Zündel hatte sich wegen Eklats seiner Verteidiger in die Länge gezogen. Seine Ex-Anwältin wurde 2008 ebenfalls wegen Volksverhetzung zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt.

Quelle: http://www.swp.de ■

NPD plant Aufmarsch in Chemnitz

CHEMNITZ. Nach dem Scheitern der Aufmarschpläne von Neonazis am vergangenen Samstag in Dresden will die NPD nun offenbar in Chemnitz demonstrieren. Der Chemnitzer Kreisverband der Partei hat für den 5. März einen so genannten Trauermarsch durch die Innenstadt beantragt. Angekündigt sind 200 bis 300 Teilnehmer; in Dresden waren es 6400. Am 5. März jährt sich zum 65. Mal die Zerstörung von Chemnitz durch alliierte Luftangriffe.

Laut Anmeldung wollen sich die Teilnehmer der Veranstaltung auf dem Bahnhofsvorplatz treffen. Ob die Stadtverwaltung den Marsch genehmigt, steht noch nicht fest. Die Dresdner Stadtverwaltung hatte die Neonazi-Veranstaltung zunächst wegen Sicherheitsbedenken auch untersagt, das Verwaltungsgericht hob dieses Verbot dann aber wieder auf. In Chemnitz befürchtet man eine ähnliche Entscheidung.

Mehrere Vereine und Bürgerinitiativen haben bereits Veranstaltungen und Kundgebungen für den 5.3. angemeldet, um Straßen und Plätze in der Stadt zu blockieren. So planen der Bürgerverein „Für Chemnitz“ auf dem Neumarkt einen ganztägigen Friedenstag, das Bündnis „5. März“ eine Demonstration durch die Innenstadt und die Bürgerinitiative Chemnitzer City vor der Alten Post ein Gedenken an die Opfer der Zerstörung der Stadt.

Dagegen hat der rechtspopulistische Stadtrat Martin Kohlmann (Pro Chemnitz) seine Anmeldung für eine Kundgebung am 5. März wieder zurückgezogen. „Das Ordnungsamt hat mir mitgeteilt, dass es nicht geht“, sagte er am Dienstag. Er habe eine Veranstaltung auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofes geplant, so Kohlmann. Weil die NPD dieses Areal schon vorher beansprucht hatte, werde er in diesem Jahr verzichten, kündigte er an. In den vergangenen Jahren hatte es bei den von Kohlmann angemeldeten Kundgebungen immer wieder Auseinandersetzungen gegeben. Nur ein massives Polizeiaufgebot verhinderte am 5. März 2009 ein Aufeinandertreffen von linken und rechten Demonstranten. Damals hatte Kohlmann als Kundgebungsort ausgerechnet den Bernsbachplatz gewählt.

Dort befindet sich das Experimentelle Karree – ein Kulturzentrum von linken Jugendlichen.

Quelle: Freie Presse,16.2.10 ■

Proteste gegen Pro NRW-Landesparteitag

LEVERKUSEN. Am 19. Februar 2010 hat die rechtsextreme Bürgerbewegung Pro NRW mit ihrem Programm-Parteitag im Leverkusener Forum ihren Wahlkampf zur Landtagswahl im Mai 2010 eingeläutet. Wie bereits bei der Kommunalwahl im letzten Jahr wird dieser Wahlkampf vor allem von Hetze gegen MigrantInnen und Menschen muslimischen Glaubens geprägt sein. So soll der Höhepunkt kurz vor der Wahl ähnlich wie die Antiislamisierungskongresse im Rheinland in den letzten beiden Jahren in einer Kundgebungsreihe gegen Moscheen und muslimische Einrichtungen im Ruhrgebiet enden. Auch hierfür war der Parteitag in Leverkusen eine Art Mobilisierungsveranstaltung. Nach eigenen Angaben hat Pro NRW dazu 2.500 Einladungen an Mitglieder und geladene Gäste für die Veranstaltung im 350 Personen fassenden Agam-Saal des Forums verschickt.

Doch auch wenn die selbstveröffentlichten Zahlen über Mitglieder und Versammlungsteilnehmer bereits in der Vergangenheit weit aus der Luft gegriffen waren, darf dabei nicht vergessen werden, dass es Pro NRW bei der letzten Kommunalwahl durch einen sehr aggressiven Wahlkampf gelang, in mehrere Stadträte und Kreise einzuziehen – auch in Leverkusen.

Das Bündnis „Kein Forum für Pro NRW!“ rief zu Protesten auf, an denen sich ca. 70 Menschen beteiligten. ■

Einladung an Jugendliche zum Internationalen Jugendworkcamp Bergen-Belsen

In den Osterferien vom 22.3. bis 1.4.2010 findet auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen das internationale jugendworkcamp Bergen-Belsen statt. 60 Jugendlichen aus Osteuropa, Israel, Südafrika, den Niederlanden und Deutschland beschäftigen sich anschaulich mit der Nazi-Geschichte bis hin zu den aktuellen Neonazi-Strukturen und antifaschistischem Widerstand.

Im Workcamp wird die Geschichte der ehemaligen Lager erkundet, Zeitzeugen sprechen über die erlittene Verfolgung durch Nazis, es gibt Möglichkeiten künstlerisch, journalistisch oder handwerklich zu arbeiten.

Die Jugendlichen informieren sich bei Flüchtlingen über den alltäglichen Rassismus und lernen antifaschistisches Handeln von Jugendlichen kennen. Und nebenbei findet ein spannendes Kennenlernen der Jugendlichen aus vielen verschiedenen Ländern statt.

Jugendliche zwischen etwa 16 bis 26 Jahre sind zur Teilnahme eingeladen. Das Ganze kostet mit Vollverpflegung und Programm nur 90 Euro. Auch in finanziell schwierigen Fällen finden wir einen Weg.

Mehr Infos: www.jugendarbeit-in-bergen-belsen.de oder antifa.sfa.over-blog.com

Information und Anmeldung bei:
DGB-Jugend, H-D Charly Braun, Otto-Brenner-Str. 7, 30159 Hannover, Tel. 0511-12601-61, zug_der_erinnerung@yahoo.de

Toleranz à la CDU? Geschichtsvergessenheit im Gemeinderat

STUTTGART. Vier Stadträte der CDU haben sich in einem Antrag an den Stuttgarter Gemeinderat unter der Überschrift „Rechtsextremismus bekämpft man nicht mit Linksextremismus“ am 2. Februar „empört und beunruhigt“ gezeigt über eine Veranstaltung, die der Stadtjugendring am 2. März plant. Als Ergänzung der gleichzeitig im Rathaus gezeigten Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen, Baden-Württemberg für Toleranz und Menschlichkeit“ will der Stadtjugendring mit einem Vortrag über die rechte Musikszene und die darin transportierten rassistischen und faschistischen Ideologien informieren. Dazu hat der SJR eine Kennerin dieser Szene eingeladen, die sich seit langen Jahren nicht nur damit befasst, sondern auch im Arbeitskreis „Antifaschistische Stadtrundfahrten und Stadtrundgänge“ des SJR aktiv mitarbeitet.

„Empört“ sind die CDU Stadträte allerdings nicht über die rechte Musikszene, sondern über die Referentin. Diese sei „Landesvorsitzende des Vereins ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes‘ (VVN), der von „den Bundesverfassungsschutzbehörden als ‚linksextremistisch‘ eingestuft und vom Landesverfassungsschutz „wegen linksextremistischer Aktivitäten“ beobachtet werde. „Deshalb“, so die Gemeinderäte, „können wir es nicht akzeptieren, dass solche Veranstaltungen in Kooperation und unter dem Schirm der Landeshauptstadt ausgerichtet werden.“

Das meiste in der Begründung stimmt zwar nicht – die Referentin ist weder Landesvorsitzende, noch wird die VVN-BdA im Bundesverfassungsschutzbericht erwähnt. Der Landesverfassungsschutzbericht dagegen weiß zwar auch von keinen „linksextremistischen Aktivitäten“ zu berichten, erwähnt die VVN-BdA aber regelmäßig dennoch unter der Rubrik „linksextremistisch beeinflusste Organisation“ in seinem jährlichen Bericht. Die Begriffe „Linksextremismus“ und „Linksextremist“ sind anderswo weder rechtlich noch wissenschaftlich definiert. Den CDU-Stadträten reicht das aber alles aus, die Referentin, die sie gar nicht kennen, namentlich als „Linksextremistin“ zu beschimpfen. Das tun sie ausgerechnet im Zusammenhang mit einer von der Stadt Stuttgart im Rathaus vorgestellten Ausstellung gegen Rechts, deren Unterzeile „Für Toleranz und Menschlichkeit“ lautet.

Schlimmer ist aber, dass die vier Stadträte zwar ausdrücklich die „gute und fachlich qualifizierte historisch-politische Jugendarbeit“, die der Stadtjugendring „in vielen Jahren aufgebaut hat“, loben, selbst aber einer erschreckenden Geschichtsvergessenheit verfallen sind.

Die antifaschistischen Stadtrundfahrten und Stadtrundgänge waren von den Zeitzeugen, WiderstandskämpferInnen und Opfern des Faschismus aus der VVN-BdA initiiert und maßgeblich gestaltet worden. So steht es im Vorwort der Broschüre „Stadterkundungen“ des SJR, die diese Form der Jugendbildung begleitet. Zum 20. Jubiläum dieser Stadtrundfahrten im Jahre 2000 wurden die VVN-Mitglieder Erwin Holzwarth, Gertrud Müller, Hans Gasparitsch und Alfred Hausser vom SJR dafür ausdrücklich geehrt.

Überdies erhielten die beiden letztgenannten aus der Hand des derzeit amtierenden Oberbürgermeisters Schuster das Bundesverdienstkreuz verliehen. Dem langjährigen Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA, Alfred Hausser, gratulierte der damalige Ministerpräsident Teufel zum 90. Geburtstag 2002 mit den Worten: „Ich verbinde damit zugleich meine Anerkennung für Ihr couragiertes Eintreten gegen die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus und die Bewahrung des Vermächtnisses der Widerstandskämpfer im Dritten Reich.“

Alle vier waren zum Zeitpunkt, als sie solchen Widerstand leisteten, Mitglied der KPD bzw. des kommunistischen Jugendverbandes. Sie haben wie viele Tausende mit ihnen bewiesen, dass man den Faschismus, den man heute gerne auch „Rechtsextremismus“ nennt, mit Hilfe der Linken sehr wohl bekämpfen kann – im Zusammenwirken aller, die für Menschlichkeit einzutreten bereit sind. Das bewies auch die weltumspannende Antihitlerkoalition. Nur dem Zusammenwirken von Staaten, Armeen und Widerstandsgruppen in vielen Ländern konnte es schließlich gelingen, die faschistische Bestie zu bezwingen. Es waren nach der Begrifflichkeit der CDU Stadträte ausgewiesene „Linksextremisten“, nämlich Soldaten der Roten Armee, die vor 65 Jahren u.a. das KZ Auschwitz befreiten.

Im deutschen Widerstand haben die Linken, die Arbeiterbewegung und darin besonders die Kommunisten, nachweislich und unbestreitbar die zahlenmäßig größten Opfer erbringen müssen.

Nach der Befreiung haben sich die wenigen Überlebenden des Widerstandes in der VVN zusammengeschlossen mit dem Ziel, diese Erfahrung der notwendigen Zusammenarbeit aller wach zu halten und nie wieder einen neuen Faschismus zuzulassen. Diese Aufgabe verfolgt die VVN- Bund der Antifaschisten, der nun eine neue Generation von NazigegnerInnen angehört, bis heute.

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass weder der Oberbürgermeister noch die Mehrheit des Gemeinderates der versuchten Ausgrenzung und Verächtlichmachung einer engagierten Nazigegnerin und einer auch in unserer Stadt wichtigen Organisation folgen werden.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Kreisvereinigung Stuttgart ■

Die VVN-BdA hat einen offenen Brief an den Oberbürgermeister und die Gemeinderäte verfasst, in dem der Angriff auf die VVN BdA und den Stadtjugendring verurteilt wird. Er soll von möglichst vielen Organisationen und Gruppen unterschrieben werden und dann den Adressaten übergeben werden.

Vis-à-vis in der Hafenstraße in Hamburg:

Blohm + Voss, Kriegsschiffswerft, wirbt für Tamms Militaria-Sammlung.

Von gegenüber grüßt die „Hafenstraße“

Bilder: res ■

Die extreme Rechte in den Niederlanden und Belgien:

Auf dem Anti-Islam-Ticket unterwegs – zum Erfolg?

Die niederländische PVV befindet sich im Aufwind, während die Erfolgskurve des belgischen ‚Vlaams Belang' wechselhaft verläuft und derzeit nach unten zeigt.

Der Bruch der niederländischen Regierungskoalition in der Nacht vom Freitag auf Samstag, den 20. Februar 2010, löst Neuwahlen im Land der Tulpen und Windmühlen aus. Das Regierungsbündnis – eine Große Koalition aus Christdemokraten (CDA) und Sozialdemokraten (PvdA) unter Einschluss der fundamentalistisch-protestantischen Milieupartei CU (ChristenUnie) – zerbrach nach 14stündiger Streitdebatte über die Verlängerung des niederländischen Armeeeinsatzes in Afghanistan. Dadurch stehen den Niederlanden nicht mehr „nur" Kommunalwahlen bevor, die seit längerem für den 3. März geplant sind, sondern im April, Mai oder Juni dieses Jahres wird auch eine landesweite Parlamentswahl stattfinden.

Zu ihren Hauptgewinnern könnte die rechtsextreme respektive „rechtspopulistische" so genannte Freiheitspartei (PVV) von Geert Wilders zählen, die bereits bei den Europaparlamentswahlen im Juni 2009 absahnen konnte und damals 17 Prozent der niederländischen Stimmen erhielt. Ihr wird jetzt ein Stimmenanteil von 15 bis 20 Prozent auf nationaler Ebene vorausgesagt und sie dürfte damit zweitstärkste Partei werden; die Anzahl ihrer Sitze im Parlament würde nach momentanen Prognosen von derzeit 9 auf 24 wachsen. Geert Wilders reagierte mit Jubel auf den „lange erhofften und endlich eingetretenen" Sturz der Regierung des Christdemokraten Jan-Pieter Balkenende: „Diese Regierung, die schlimmste, die je existierte, war es nicht wert, (auch nur) einen Tag länger zu regieren." Er erklärte, die PVV sei „bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen". In jedem Falle dürfte man, über die niederländischen Grenzen hinaus, in Bälde noch von ihm hören. Vom Aufschwung des niederländischen „Rechtspopulisten" möchte sich auch der Vlaams Belang (VB) im Nachbarland Belgien, der sich seit mehreren Monaten eher m Sinkflug befindet, ein Stück abschneiden.

Den Gerichtssaal in eine politische Tribüne verwandeln, den Prozess als Kulisse für donnernde Ansprachen – mit Blick auf ihre Öffentlichkeitswirkung – nutzen, sich zum Verfolgten aufschwingen: Das Prozedere ist für einen politisch Aktiven, der unter einer strafrechtlichen Anklage vor Gericht steht, ziemlich klassisch. Auch der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders, dessen seit längerem erwarteter Prozess am 20. Januar dieses Jahres anfing und – nach inzwischen erfolgter, vorübergehender Aussetzung – nach ursprünglicher Planung im Juli 2010 wieder aufgenommen werden soll, bildet insofern keine Ausnahme, als er ganz nach diesem Motto verfährt. Dennoch ist das Verfahren gegen ihn etwas Besonderes, möchte der wasserstoffblonde „Volkstribun" den Prozess gegen ihn doch in einer Weise als Bühne benützen, die weit über die Grenzen seines Landes hinaus Erschütterungen hervorrufen könnte. Sucht doch Geert Wilders die Spannungen zwischen dem Westen bzw. Abendland und „dem" Islam gar zu gerne auf jede erdenkliche Weise auf die Spitze zu treiben.

Vor Gericht stand Wilders vor Kurzem, weil er aufgrund von Äußerungen in seinem umstrittenen Film ‚Fitna' der Aufstachelung zum Rassenhass beschuldigt wurde. Anklage wurde insbesondere erhoben, weil Wilders in dem militanten Filmstreifen – dessen Name auf den muslimischen Begriff für einen „Bruderkrieg unter Gläubigen" anspielt und der im März 2008 über das Internet publiziert wurde – unter anderem den Koran als „faschistisches Buch" bezeichnet, mit Adolf Hitlers ‚Mein Kampf' gleichsetzt und dessen Verbot fordert. Niederländer muslimischen Glaubens fühlten sich daraufhin beleidigt. Doch daneben führten auch über 40 Klagen von linken oder antirassistischen Gruppen sowie Einzelpersonen zu der Eröffnung eines Strafprozesses gegen Wilders. Bei den Anhörungen, die in der ersten Februarwoche stattfanden, scheiterte der Rechtspopulist vorläufig mit seinen diversen Anträgen. Unter anderem hatte er die Verlagerung des Prozesssaales aus dem Gerichtssaal in Amsterdam nach Den Haag, wo er seinen Wohnsitz hatte, gefordert und diverse Beweisanträge gestellt. So forderte er, um seine These vom grundsätzlich gefährlichen und verdammungswürdigen Charakter der muslimischen Religion an und für sich zu untermauern, zwei hochrangige Repräsentanten des iranischen Regimes oder einen als „Hassprediger" bekannten Imam aus Den Haag zur Anhörung vorzuladen. Auch der Anhänger radikal islamistischer Ideen Mohammed Bouyeri, der im November 2004 den niederländischen Regisseur Theo van Gogh ermordete, solle als Zeuge gehört werden. Alle sollten dem Gericht bestätigen, ihre Handlungen stünden unter dem Einfluss „des" Islam und erwüchsen aus ihm. Die Richter schmetterten jedoch 15 von 18 Anträgen der Verteidigung auf Zeugenvernehmung ab: Es sei als bekannt vorauszusetzen, dass solche Islaminterpretationen existieren.

Geert Wilders

Noch ist unklar, ob Wilders es schaffen wird, auf Dauer den Prozess erfolgreich als Bühne für sich, seine politischen Thesen und seine „Freiheitspartei" PVV (Partij voor die Vrijheid) zu nutzen. Geert Wilders ist ihr einziges eingeschriebenes Mitglied, da er angibt, seine „Bewegung" möge sich nicht als politische Partei, sondern als völlig neuartig organisierte Kraft strukturieren. Auf diese Weise behält er freilich leicht die Kontrolle über ihre Entwicklung. Wilders und die PVV propagieren neben einem Koranverbot das Totalverbot von Kopftüchern und Moscheen, die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft, die Ausweisung von straffällig gewordenen Doppelstaatsbürgern – die natürlich rechtswidrig ist, da im Prinzip kein Land eigene Staatsbürger ausliefern oder abschieben darf – sowie den Ausschluss der „korrupten" Länder Rumänien und Bulgarien aus der EU. Ferner möchte er wissen, „was in die Niederlande kommt und sich fortpflanzt" (sic) und die Grenzen für alle Nichteuropäer, vor allem aber Moslems, dicht machen.

Im Nachbarland Belgien, bzw. in dessen niederländischem Landesteil Flandern, verfügt Wilders über heiße Unterstützer. Die dort gut verankerte rechtsextreme Partei Vlaams Belang (VB, „Flämisches Interesse") demonstrierte anlässlich der Prozesseröffnung am 20. Januar für ihn, trotz eines zuvor ausgesprochenen administrativen Verbots, vor der niederländischen Botschaft in Brüssel. Die einige Dutzend Anhänger und Mandatsträger umfassende Delegation des Vlaams Belang, die im Brüsseler Stadtteil Auderghem aufmarschierte, wurde durch den Vorsitzenden seiner Fraktion im flämischen Regionalparlament – Filip Dewinter – angeführt. Das Verbot war deswegen durch den Bürgermeister (und örtlichen Abgeordneten) Didier Gosuin ausgesprochen worden, weil der VB die Demonstration zwar öffentlich angekündigt, aber dafür keinerlei Genehmigung – wie die Vorschriften des belgischen Gesetzes erfordert hätten – beantragt hatte[1]. Der VB demonstrierte ein-

fach trotzdem, und forderte nunmehr umso demonstrativer und lautstärker „Meinungsfreiheit“[2].

Der Vlaams Belang: derzeit im Abwind

Filip Dewinter ist zugleich der politische Chef und „Star“ des radikaleren Flügels der Partei, die derzeit heftig zerstritten ist – und innerhalb derer ein Teil durch das Andocken an den bislang erfolgreichen Geert Wilders anscheinend neuen Schwung sucht. Aufgrund der Schwierigkeiten, angesichts des ‚Cordon sanitaire‘ genannten Bündnisverweigerungsgebots der übrigen Parteien politische Alliierte zu finden, setzt ein Teil des VB sich in den letzten Monaten für eine Abschwächung der rassistischen Tiraden der Partei und ihre Annäherung an bürgerliche Rechte ein. Angeführt wird dieser Flügel von Bruno Valkeniers, dem 2008 zum Parteivorsitzenden ernannten Großunternehmer im Hafen von Antwerpen, der trotz seiner Jugendaktivitäten in einem neonazistischen Studentenverband (NSV)[3] derzeit eher den „moderateren“ Flügel anführt.

Ende November 2009 endete ein Kongress vorübergehend mit einem Sieg des extremeren Flügels. Die Versammlung verabschiedete einen Programmtext unter dem Titel „Für eine radikale, nationalistische und republikanische Volkspartei“, und der radikalere Flügel übernahm die Mehrheit in der Führung. Die 37-jährige Abgeordnete Marie-Rose Morel, die bis dahin als sehr blondes Aushängeschild der Partei diente, zog sich daraufhin mit den Worten zurück: „Die Ekligen bleiben, die Angeekelten gehen.“[4] Filip Dewinter erklärte daraufhin in einer Fernsehsendung, er wolle nicht darauf reagieren, „um nicht Öl ins Feuer zu schütten“. Aber, fügte er hinzu, das Bild vom VB als einer „gespaltenen und nicht länger kämpferischen Partei“ sei falsch, vielmehr seien es – man hätte es geahnt – „die Medien, die uns teilen wollen“.[5] Auch der frühere Parteivorsitzende Franck Vanhecke zog sich zurück und gehört dem neuen Vorstand nicht mehr an. Anlässlich der jüngsten Querelen erklärte er, inhaltlich hinter der neuen Ausrichtung zu stehen, doch lehne er den Zugriff „des Stadtrats von Antwerpen“ auf die Parteiführung – d.h. des (als radikal geltenden) Clans um den Antwerpener Stadtverordneten Filip Dewinter, der dort seine Hausmacht besitzt – ab.[6] Dies bedeutet zumindest personell eine Kritik am Dewinter-Kurs.

Unterdessen sind aber die Wahlabsichten für die Partei, die 2007 bei den flämischen Regionalparlamentswahlen 24 Prozent in der Region – und bei den Europaparlamentswahlen 2009 noch 15,3 Prozent der dort abgegebenen Stimmen – erhielt, jüngst (zum Jahreswechsel 2009/10) laut Umfragen auf 12,8 Prozent gesunken. Manche Beobachter sprechen davon, dass „der Vlaams Belang nicht mehr Angst einjagt“[7]. Und in manchen Kommentaren wird festgestellt, dass der VB noch stärker an Boden verlöre, falls die – in Belgien bisher bestehende – gesetzliche Pflicht zur Wahlteilnahme abgeschafft und die Stimmabgabe fakultativ würde, wie es derzeit in manchen politischen Krisen diskutiert wird. Denn in diesem Falle würden jene Unterklassen, die zum Teil überdurchschnittlich für den VB votierten, sich in höherem Maße als andere Schichten in die Nichtbeteiligung an Wahlen flüchten.[8]

Gewinner dieser Entwicklung sind derzeit eher die bürgerlichen flämischen Parteien, unter ihnen die rechtskonservative flämisch-nationalistische Partei NVA, die den offenen Rassismus des VB jedoch ablehnt und – trotz vermeintlich verlockenden Bündnisangeboten des Vlaams Belang für den Fall, dass sie ihrerseits in die Opposition ginge[9] – bislang der flämischen Regionalregierung angehört. Die rechtskonservative NVA, die einem eher elitären

flämischen Nationalismus anhängt, lehnt zwar ebenfalls (ähnlich wie der VB) den belgischen Zentralstaat ab, auch wenn sie sich mit ihm als Regierungspartei der Region Flandern de facto ein Stück arrangiert; doch wirft sie dem VB vor, das flämische nationale Anliegen „mit seinem Anti-Ausländer-Programm zu vermischen“ (während sie selbst für „Integration“ der Einwanderer eintritt). Die Nuancen und Unterschiede zwischen beiden politischen Formationen wurden symbolisch sichtbar, als es am 10. Februar zu einem Zwischenfall im flämischen Regionalparlament kam. Auf den Zuschauer/innen/bänken nahm an diesem Tag eine junge Frau mit rosafarbenem moslemischem Kopftuch an der Sitzung teil. Filip Dewinter, Abgeordneter des Vlaams Belang, verlangte daraufhin, dass die junge Zuschauerin umgehend ihr Kopftuch ablege oder aber den Saal verlassen müsse. Er wurde jedoch durch Parlamentspräsident Jan Peumans von der N-VA, der die Sitzung leitete, zurechtgewiesen: Nach dessen Auffassung gab es keine Vorschrift, die der Zuschauerin verboten hätte, weiterhin der Sitzung beizuwohnen.[10]

Eine eher rechtspopulistische Liste unter dem Namen „Liste Dedecker“, benannt nach ihrem Vorsitzenden Jean-Marie Decker, hatte bei den Europaparlamentswahlen (wo sie 7,7 % in Flandern erhielt) ebenfalls im Wählerpotenzial des rechtsextremen VB gefischt. Ihr Vorsitzender Dedecker veröffentlichte im Frühherbst 2009 seinerseits ein rassistisch geprägtes Buch über „Ausländerproblematik“, Integration und Islam. Darin behauptet der Politiker u.a., dass „70 Prozent unserer Kriminalität von Fremdstämmigen verursacht, und 60 Prozent des sozialen Wohnungsbaus unserer Städte von Ausländern bewohnt“ seien.[11] Dennoch betonte Dedecker zugleich, er befinde sich nicht auf derselben Wellelänge wie der Vlaams Belang – da er im Gegensatz zum VB nicht dafür eintrete, „die Einwanderer in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken oder die Grenzen dichtzumachen“, sondern „einfach für eine besser kontrollierte Einwanderung eintrete“[12]. Der Vlaams Belang erklärte freilich gleichzeitig, sich in den Thesen von Dedecker zur Ausländerproblematik „wiederzufinden/zu erkennen“[13]. – Doch auch Jean-Marie Dedeckers Partei befindet sich derzeit in der Krise und diskutiert über ihre Umbenennung, da sie nicht auf Dauer nach einer Person benannt bleiben könne. Jean-Marie Decker erklärte, er habe im Prinzip nichts gegen eine solche Umbenennung einzuwenden, doch die Wähler müssten die Liste „auf dem Wahlzettel noch wiedererkennen können“.[14]

Rassistische Kampagnenpolitik des VB

Seinem relativen Einflussverlust und seinen internen Spaltungen versucht der harte Führungskern des Vlaams Belang entgegen zu wirken, indem er u.a. durch rassistische Kampagnen öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen und zugleich seine Anhänger zu mobilisieren versucht. Eine demonstrative Aktion stellt der Ausschank der so genannten „Schweinesuppe“ für Obdachlose dar. Dabei handelt es sich darum, „bedürftigen Landsleuten“ eine vermeintlich mildtätige Speisung – an einigen Tagen in den Wintermonaten – anzubieten, die aufgrund des in ihr enthaltenen und demonstrativ herausgestellten Schweinespecks sowohl Moslems als auch Juden von der Teilnahme ausschließen soll. Diese „Schweinesuppe“ erfreute sich in den letzten vier bis fünf Jahren bereits bei französischen Rechtsextremen (besonders dem FNJ – der Jugendorganisation des FN - und dem ‚Bloc identitaire‘) wachsender Beliebtheit; ihnen wurde übrigens just vergangene Woche die Fortsetzung der Aktion vom Pariser Verwaltungsgericht genehmigt, nachdem vor drei Jahren der Polizeipräfekt ihnen den Ausschank der „Schweinesuppe“ wegen Diskriminierungsverdachts verboten hatte. Nun hat auch der belgisch-flämische VB jüngst in Brüssel die Idee übernommen[15]. Passend dazu

führt die Parteijugend seit November 2009 eine sozialdemagogische Kampagne unter dem Motto „Armut gibt es auch bei uns“ – gemeint ist: bei unseren Landsleuten, und ‚Rassenbrüdern‘ – durch.[16]

Ferner hat der Vlaams Belang mehrfach versucht, in die seit mehreren Monaten laufende „Legalisierungsoperation“ der belgischen Regierung für bisher „illegal“ im Lande lebende Einwanderer – in Belgien wie in Frankreich auch als ‚Sans papiers‘ (Papierlose) bezeichnet – zu intervenieren, um diese „Legalisierung“ zu sabotieren. Um seine scharfe Ablehnung der „Legalisierung“ (die nach Einzelfallprüfung entlang bestimmter Kriterien wie Aufenthaltsdauer, Familiensituation... abläuft) zu unterstreichen, errichtete der VB am 21. Oktober 2009 in Antwerpen eine (symbolische, aber aus realen Backsteinen bestehende) Mauer rund um das Gebäude, in dem die Anträge bearbeitet werden. Angeführt wurden die VB-Aktivisten dabei durch Filip Dewinter, der persönlich Hand anlegte17. Von längerfristiger Konsequenz ist jedoch der relative juristische Sieg, den der VB in der Folgezeit davontrug: Am 9. Dezember gelang es der Partei, die ministerielle Verordnung, auf deren Grundlage die Einzelfallprüfung erfolgte, gerichtlich annullieren zu lassen. Dieser Kriterienkatalog war im Juli 2009 aus einem Abkommen zwischen Regierung, Sans papiers-Kollektiven (die zuvor in Brüssel seit längerem Universitätsgebäude besetzt hatten) und Unterstützern hervorgegangen. Das Oberste Gericht kam jedoch zu dem Schluss, nicht eine Verordnung, sondern nur ein Gesetz könne solche „Legalisierung“kriterien festlegen. Am 7. Januar drohte dann der VB im Parlament dem amtierenden Einwanderungsminister Melchior Wathelet mit einer Strafanzeige gegen ihn und seine Untergebenen, falls sie die Bearbeitung der Anträge fortsetzten, wegen „Rechtsbeugung durch Beamte“. Der zuständige Minister erwiderte darauf jedoch, er könne keine Rechtsgrundlage dafür erkennen.[18]

Auch an anderen Punkten versucht der VB, gestützt auf parlamentarische Aktivitäten, seine rassistische Ideologie zu streuen. So stellte er parlamentarische Anfragen zur Staatsangehörigkeit der in belgischen Haftanstalten einsitzenden Insassen.[19] Im belgischen Senat (Oberhaus des Parlaments) wollte der VB eine Vorlage debattieren lassen, der zufolge „Doppelstaatsbürgern“ der Zugang zu Regierungs- und hohen Staatsämtern gesetzlich zu verwehren sei. Ein Nichtbefassungsantrag mehrerer Parteien (flämische und wallonische Grüne, Linkssozialisten) wurde mit nur einer Stimme Mehrheit dann doch noch angenommen. Dies erlaubte, den Antrag ohne Debatte als „rassistisch“ abzuweisen.[20] Dass eine VB-Parlamentarierin (Rita de Bont) mitten in einer Parlamentsdebatte zum Klimagipfel in Kopenhagen – im Dezember 09 – behauptet, Klimaprobleme rührten daher, dass es zu viele Schwarze auf der Welt gebe und sie sich zu sehr vermehrten[21], ist hingegen vielleicht keine geplante Kampagne, aber es ist aussagekräftig zur Ideologie des VB.

Ergänzend führt der VB auch Law&Order-Kampagnen, gestützt auf Strafanzeigen gegen drei bei lokalen Polizeieinständen und Strafverfolgung „zu schlapp“ vorgehende Bürgermeister[22], und eine Kampagne gegen zu hohe EU-Beiträge der Region Flandern[23] durch. Eine homophobe Ausrichtung der Partei („Homosexualität ist widernatürlich“) besonders in Antwerpen, wo sie Doppelmitgliedschaft zu katholisch-fundamentalistischen Vereinigungen aufweist – ihr Antwerpener Parteisprecher Philippe van der Sande gehört zugleich der erzreaktionären „Christlichen Solidaritätsbewegung“ an – erlaubte ihr die Annäherung an rechte katholische Milieus. Seitdem der Ultrareaktionär André-Mutien Léonard im Jahr 2008 zum belgischen Kardinal und Kirchenoberhaupt des Landes aufrückte[24], wird eine Annäherung von Teilen der katholischen Kirche an den VB registriert.[25] Als Konkurrenz wird es dort freilich vielleicht erlebt, dass ein Senator (Oberhaus-Abgeordneter des VB, Hugo Coveliers, jüngst glaubte, Werbung für die als geschäftstüchtig bekannte Scientology-Sekte machen zu müssen.[26]

Größere Ungemach bedeutet es für den Vlaams Belang jedoch, dass ihm die staatliche Parteienfinanzierung seit Monaten mit der Begründung eingefroren worden ist, er trete rassistisch auf. Derzeit läuft ein Verfahren vor dem Obersten Verwaltungsgericht (Conseil d’Etat) Belgiens. Der VB argumentiert, er verstoße gegen kein bestehendes Gesetz, weshalb ihm auch keine demokratiefeindliche Ausrichtung vorgeworfen werden könne. Das Verfassungsgericht wies seine Klage gegen das Einfrieren der Subvention und gegen das Verwaltungsverfahren, das gegen ihn läuft, jedoch ab: Bei der Einstellung staatlicher Parteienfinanzierung handele es sich nicht um eine Verbotsmaßnahme und einen Eingriff in eine Rechtsgarantie, sondern (nur) um die Aussetzung einer positiven Zuwendung bei fortbestehender politischer Betätigungsmöglichkeit. Und entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte könne der Staat diese Leistung auch mit dem Respekt bestimmter demokratischer Werte verknüpfen, um darauf zu pochen, „seinen demokratischen Charakter zu wahren“.[27]

Die Vorgängerpartei des Vlaams Belang, die damals unter dem Namen Vlaams Blok (Flämischer Block) auftrat, war im Herbst 2004 durch die Obersten Richter als unzweifelhaft rassistisch eingestuft worden. Kraft höchstrichterlichen Urteils wurde ihr damals die staatliche Zuwendung im Rahmen der Parteienfinanzierung vorenthalten. Aufgrund dieses Urteils hatte der „alte“ VB sich offiziell aufgelöst, und seine Mitgliedschaft in den „neuen“ VB (nunmehr „Flämischer Interesse“ statt „flämischer Block“) überführt. Droht nun der neuen Partei ein ähnliches Geschick?

Bernhard Schmid, Paris ■

Anmerkungen:

1 Vgl. http://www.lacapitale.be/regions/bruxelles/2010-01-20/auderghem-une-manif-vlaams-belang-interdite-755243.shtml
2 Vgl. http://www.7sur7.be/7s7/fr/1502/Belgique/article/detail/1056705/2010/01/20/Le-VB-a-quand-meme-manifeste-pour-Geert-Wilders.dhtml
3 Vgl. http://blog.marcelsel.com/archive/2009/12/15/les-neo-nazis-subsidies-par-la-flandre.html
4 Vgl. http://www.sudpresse.be/actualite/belgique/ 2009-12-01/la-guerre-des-clans-fait-rage-au-vlaams-belang-744110.shtml
5 http://www.7sur7.be/7s7/fr/1502/Belgique/article/detail/1035629/2009/11/30/Les-medias-essaient-de-diviser-le-Vlaams-Belang.dhtml
6 Vgl. http://www.7sur7.be/7s7/fr/1502/Belgique/article/detail/1035452/2009/11/29/Vanhecke-quitte-la-direction-du-Vlaams-Belang.dhtml
7 Vgl. http://levif.rnews.be/actualite/belgique/72-56-46724/le-vlaams-belang-ne-fait-plus-peur.html
8 Vgl. http://www.rtbf.be/info/matin-premiere/linvite-de-matin-premiere-187697 oder http://www.rtlinfo.be/info/ belgique/politique/ 307368/en-cas-de-vote-facultatif-l-extreme-droite-plongerait
9 http://www.7sur7.be/7s7/fr/1502/Belgique/article/detail/1058120/2010/01/23/La-N-VA-ne-rejoindra-pas-le-Vlaams-Belang.dhtml
10 Vgl. http://www.rtbf.be/info/belgique/flandre/les-deux-visages-du-nationalisme-flamand-186570
11 Vgl. http://www.rtbf.be/info/economie/jean-marie-dedecker-durcit-son-discours-sur-limmigration-gazet-van-antwerpen-148930
12 Vgl. http://www.dhnet.be/infos/belgique/article/284605/dedecker-parle-sans-voile.html
13 Vgl. http://www.7sur7.be/7s7/fr/1502/Belgique/article/detail/1013584/2009/10/09/Le-VB-dit-se-reconnaitre-dans-les-theses-de-Dedecker.dhtml
14 Vgl. ttp://levif.rnews.be/actualite/belgique/72-56-45650/en-perte-de-vitesse—la-liste-dedecker-va-changer-de-nom-.html
15 Vgl. http://www.rtbf.be/info/regions/bruxelles/le-tour-de-cochon-du-vlaams-belang-188826
16 Vgl. http://flandre.novopress.info/5763/flandre-la-pauvrete-existe-aussi-chez-nous/
17 Vgl. https://mail.google.com/mail/?hl=fr&shva=1#search/vlaams/126ce6a67eb5f069
18 Vgl. http://levif.rnews.be/actualite/belgique/72-56-45570/demandeurs-d-asile—si-le-vlaams-belang-gagnait—.html
19 Vgl. http://www.rtlinfo.be/info/belgique/societe/307209/110-nationalites-dans-les-prisons-belges
20 Vgl. http://www.rtlinfo.be/info/belgique/politique/300140/ senat-un-texte-juge-xenophobe-du-vlaams-belang-refuse-a-une-voix-pres
21 Vgl. http://levif.rnews.be/actualite/belgique/72-56-43695/pour-le-belang—trop-de-noirs-nuisent-au-climat.html
22 Vgl. http://www.sudpresse.be/actualite/fil_info/2010-01-29/vlaams-belang-depose-plainte-contre-3-bourgmestres-bruxellois-757367.shtml
23 Vgl. http://www.7sur7.be/7s7/fr/1502/Belgique/article/detail/1054231/2010/01/14/Le-Vlaams-Belang-s-en-prend-aux-transferts-vers-l-Europe.dhtml
24 Vgl. http://docteurangelique.forumactif.com/temoignages-discernement-cas-concrets-f3/mgr-leonard-belgique-succession-du-cardinal-danneels-t6112.htm
25 Vgl. http://www.widgetbox.com/network/glbt/post/le-vlaams-belang-pro-leonard-quand-lextremedr/3215817
26 Vgl. http://levif.rnews.be/actualite/belgique/72-56-46624/le-senateur-hugo-coveliers—proche-de-la-scientologie-.html
27 Vgl. http://www.7sur7.be/7s7/fr/1502/Belgique/article/detail/1037477/2009/12/03/Deboute-le-Vlaams-Belang-pourrait-etre-prive-de-dotation.dhtml

Bundesweite demonstrative Aktion • 20. Februar 2010 - 13:00 Uhr - Berlin - Bebelplatz

Kein Soldat mehr! Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!

Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind keine Entwicklungshelfer in Uniform. Die Bundeswehr tötet am Hindukusch. Nach dem Bombenabwurf in Kunduz wissen das alle. Heute sind über 100.000 ausländische Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan. Die Menschen in Afghanistan fühlen sich dadurch nicht befreit, sondern besetzt. Das nährt den bewaffneten Widerstand. Jetzt sollen noch 40.000 weitere Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan Krieg führen. Davon 850 aus Deutschland. Die Bundesregierung will im Bundestag beantragen: Truppenaufstockung für Afghanistan.

Mit der Mehrheit der Bevölkerung sagen wir dazu Nein. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten auf: Stimmen Sie mit Nein! Schicken Sie keine weiteren Truppen, sondern ziehen Sie diese ab! Nur dann hat der Frieden eine Chance, können die humanitären Hilfsorganisationen ungefährdet arbeiten. Wir rufen auf: Protestiert am 20. Februar gemeinsam gegen den Krieg. Macht den Abgeordneten klar: Gegen unseren Willen schickt die Bundesregierung weitere Truppen an den Hindukusch. Gegen unseren Willen werden weitere Milliarden für den Krieg ausgegeben. Gegen unseren Willen werden neue Waffen eingesetzt.

Afghanistan braucht zivilen Aufbau, der verstärkt werden muss. Afghanistan braucht kein Geld für den Krieg. Deutschland steht erneut vor der Entscheidung. Mehr Soldatinnen und Soldaten und mehr Waffen, damit mehr Tote und mehr Verletzte. Oder: Waffenstillstand, Truppenabzug und zivile Hilfe. Dafür demonstrieren wir. Dafür brauchen wir Unterstützung. Am 20. Februar und darüber hinaus. Am 20. Februar gemeinsam gegen den Afghanistan-Krieg!

Mehr Infos auf der Website des Bündnisses unter:

www.afghanistandemo.de

Protest gegen das Neujahrskonzert des Heeresmusikkorps der Bundeswehr

Düsseldorf, 10.2.2010. Ist es dem Bundesaußenminister nur so herausgerutscht, hat er sich schlicht verplappert? Oder lässt sich die Lüge über den sogenannten „Humanitären Einsatz“ nicht länger verkaufen? Ein „bewaffneter Konflikt...“ ist das also jetzt offiziell in Afghanistan, aha, aber „im Sinne des humanitären Völkerrechts“??? Was soll das bitteschön sein, Herr Westerwelle? „Humanitär“, schreibt der Duden, bedeutet „menschenfreundlich, wohltätig, speziell auf das Wohl der Menschen gerichtet“. Ein wohltätiger Angriffskrieg also.

Mit derlei Schönrederei gilt es doch nur, sprachliche Zerr- und Verwirrbilder in die Köpfe der Menschen zu tragen. Abfalldeponie = Entsorgungspark; Massenentlassungen = Arbeitskräfte freisetzen; Konzernkassen füllen mit staatlicher Hilfe = Wirtschaftswachstumsbeschleunigungsgesetz; Krieg = Frieden?

Für Krieg gibt es keine Euphemismen!

Da hat der Außenminister wohl auch seinem ehemaligen Amtskollegen Peter Struck nicht richtig zugehört, der letztens den Bundeswehreinsatz in Afghanistan mit den Worten kennzeichnete:

„Das ist eindeutig Krieg, man darf das nicht verharmlosen.“ Nicht verharmlosen, Herr Westerwelle!

In der Düsseldorfer Tonhalle feierte am 10.2. die militärisch-industriell-politische Prominenz ihr „Wir sind wieder Wer“! Unter der Schirmherrschaft von OB Dirk Elbers (CDU) stieß man an auf Ruhm und Ehre der Kriegsmaschinerie und der zu erwartenden Gewinne an Macht und Moneten zum Schnättärätäng umd Humtata der Heeresmusikkorps und ließ sich von Panzerwagen, berittener Polizei und etlichen Hundertschaften vor der Halle die ungestörte Party garantieren. Im Gleichschritt Marsch in den Untergang, und immer ein fröhlich Lied auf den Lippen!

„Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!“ – Der Ruf des Aktionsbündnisses gegen Militarismus und Krieg vor dem Tor – durch das Trommelrühren der Kriegstreiber kaum zu vernehmen...

Gine Willrich über die Proteste vor der Düsseldorfer Tonhalle am 10.2.2010 ■

Fotos: www.arbeiterfotografie.com

NPD-Strategiekommission

Die vom Parteivorstand der NPD eingesetzte Strategiekommission, die nach den Misserfolgen des letzten Jahres vor allem über Wege beraten soll, wie man die NPD-Politik wirksamer an das Wahlvolk verkauft, tagte erstmals am 16. und 17. Januar 2010. Aus den sehr allgemein gehaltenen „Empfehlungen“ der Runde, zu der 31 Teilnehmer aus allen Teilen der Partei gehörten, ist tendenziell vor allem der Versuch einer Wiederannäherung des Flügels um Voigt und jenen Kräften in den Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg- Vorpommern, die sich nach dem letzten Parteitag stark von der Zentrale abgewandt hatten, zu erkennen. So ist gleich der ersten Empfehlung, dass man „die authentische Oppositionspartei“ bleibe, der Nebensatz „bezogen auf die Probleme der Gegenwart“ hinzugefügt. Dies lässt auf Anklänge an die Wortwahl von Holger Apfel schließen, nach dem das Selbstverständnis der Nationalisten als volksnah, gegenwartsbezogen und zukunftsorientiert zu definieren sei und der immer wieder die Vergangenheitsbezogenheit der NPD moniert hatte. Vor allem aber könnte die vierte Empfehlung für Auseinandersetzungen mit den rabiaten Neonazis in der Partei und Szene sorgen, wonach sich die NPD künftig nicht mehr als „Die Nationalen“, sondern als „Die soziale Heimatpartei“ im Namenszusatz bezeichnen solle. *Aus dem Newsletter Die Linke - BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus, 2/2010, g.rex@die-linke.de* ■

Arbeitsstelle Rechtsextremismus statt Neonazi Museum

„Statt ein braunes Haus bekommen wir jetzt ein Haus der Demokratie.“ Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Wolfsburg, Frank Patta, ist hochzufrieden. Anfang Februar 2010 hatte die Stadt Wolfsburg entschieden, das Gebäude des insolventen „Möbelhaus Alsdorff“ von der stadteigenen „Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft“ (WBS) kaufen zu lassen. Damit sind Pläne von Neonazis, in dem Gebäude ein so genanntes KdF-Museum einzurichten, endgültig gescheitert. Im Jahr 2009 hatte die Besitzerin des Möbelhauses mehrere Monate lang mit dem inzwischen verstorbenen NPD-Funktionär Jürgen Rieger über einen Verkauf des Gebäudes verhandelt. Der wollte ein sog. KdF-Museum einrichten, um die Freizeitorganisation der Nazis „Kraft durch Freude“ zu verherrlichen. Angeblich soll ein Preis weit oberhalb des Verkehrswerts geboten worden sein. Als die Pläne bekannt wurden, wurde der „Wolfsburger Schulterschluss der Demokraten“ aktiv. Entscheidend für den Erfolg war die Geschlossenheit. Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, aber auch VW und der Bundesligist VfL Wolfsburg waren sich in diesem Punkt einig. Nach dem derzeitigen Stand soll in das Gebäude das Sozialkaufhaus Lichtblick und eine Niederlassung der „Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt“ einziehen – ein Haus der Demokratie. Frank Patta: „Eine bessere Symbolik kann ich mir kaum vorstellen.“ *Quelle: „Aktiv + Gleichberechtigt Februar 2010“* ■

Rechtsextreme Liste zu den Regionalparlamentswahlen

Frankreich wählt am 14. und 21. März 2010, in zwei Durchgängen, seine sämtlichen Regionalparlamente neu. Ein Überblick über das Angebot auf der extremen Rechten:

Neben den kandidatenlisten des Front National (FN) tauchten in mehreren französischen Regionen noch weitere rechtsextreme Listen auf.

In zwei ostfranzösischen Regionen, in Lothringen und Franche-Comté (dem französischen Jura und Umland), treten jeweils Listen unter dem Namen „Nein zu Minaretten“ an. Es handelt sich um einen durchsichtigen Versuch, an das Abstimmungsergebnis beim Schweizer Referendum vom 29. November 2009 anzuknüpfen und sich – in diesen unweit der eidgenössischen Grenze liegenden Regionen - an den Zug dranzuhängen. Beide Listen umfassen eine Sammlung von hardlinerfaschistischen „Dissidenten“ und Absplitterungen des Front National. Das Personal besteht also vor allem aus Leuten, denen der FN im Zuge des Aufstiegs der Cheftochter Marine Le Pen zu schlapp geworden ist. Im Falle Lothringens versammelt die Liste die drei Abspaltungen MNR („Nationale Republikanische Bewegung“) – die frühere Partei Bruno Mégrets, unter ihrer neuen Vorsitzenden Annick Martin –, PdF („Partei Frankreichs“, eine Gründung des früheren FN-Generalsekretärs Carl Lang) sowie NDP („Neue Rechte des kleinen Volkes“ unter Robert Spieler). In der Region Franche-Comté kommen hingegen vier Komponenten zusammen: der MNR, der PdF, eine Splittergruppe unter dem Namen ‚Droite nationale’ (nationale Rechte) sowie der ‚Front Comtois’. Letzterer ist der örtliche Ableger des Bloc identitaire, einer aktivistischen rechtsextremen Bewegung, die vor allem für die „Überlegenheit der weißen Rasse“ in einer eher gesamteuropäischen denn nationalstaatlichen Perspektive eintritt.

Im Elsass kandidiert eine Liste unter dem Namen ‚Alsace d’abord“ (Elsass zuerst). Eine rechtsextreme regionalistische Gruppierung dieses Namens existiert in der ostfranzösischen Region schon seit 1989; es handelte sich damals um eine frühe Abspaltung vom Front National unter dessen ehemaligem Parlamentsabgeordneten (1986 bis 88) Robert Spieler. Doch Spieler ist inzwischen an die Spitze der 2008 neu gegründeten Möchte-gern-Sammlungsbewegung NDP gewechselt. Bei ‚Alsace d’abord‘ haben allem Anschein nach die ‚Identitaires‘ die Kontrolle oder aber den Namen übernommen. Jedenfalls präsentiert die Agentur NOVOPRESS, die dieser Strömung nahe steht und eine rechte Sammelhomepage ähnlich einem Nazi-Indymedia betreibt, die elsässische Kandidatenliste als „eine der Listen des Bloc identitaire“.

Der Bloc identitaire unterstützt ferner zwei Listen in Südfrankreich, jene der ‚Ligue du Sud’ in der Region PACA (um Marseille) und der ‚Ligue du Midi’ - deren Name ungefähr dasselbe bedeutet - in der Region Languedoc-Roussillon (um Montpellier). Im Falle der ‚Ligue du Sud’ wird die Liste, neben den Identitaires, auch vom Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard, einem früheren FN-Mitglied, unterstützt.

Der PdF (‚Le Parti de la France‘) unter Carl Lang wiederum tritt in vier Regionen eigenständig an: Picardie, Obere und Untere Normandie und Centre (rund um Tours). Die Ergebnisse bleiben abzuwarten, dürften jedoch deutlich unterhalb derer des Front National liegen. Bemerkenswert ist, dass der PdF unter Carl Lang es nicht schaffte, in der Grenzregion zu Belgien – Nord-Pas de Calais – anzutreten, obwohl Lang dort selbst noch 2004 die Liste des FN zu den damaligen Regionalparlamentswahlen anführte, ein hohes Ergebnis (18 %) erhielt und seitdem bis jetzt dem Regionalparlament in Lille angehört(e). Das frühere Kohle-Bergbaurevier Nord-Pas de Calais dürfte dem FN, dessen Liste dort durch Marine Le Pen angeführt wird, voraussichtlich eines seiner höchsten Ergebnisse liefern. Nach wie vor glückt der rechtsextremen Partei dort insbesondere auch der Einbruch in die Arbeiterwählerschaft, ähnlich wie es übrigens 2004 auch in der Nachbarregion Picardie (22,9 % FN im ersten Durchgang) zu beobachten war.

Vor allem bei den rechtsextremen „Kritikern“ des FN wird sehr stark auf „den Islam“ fokussiert. Stärker als bei der „Rumpfpartei“, die eher auf ein allgemeineres Programm – mit breiteren auch „sozialen“ Aspekten und Versprechungen, deren Verwirklichung allerdings v.a. durch eine Anti-Einwanderer-Politik (ergänzt durch einen wirtschaftlichen Protektionismus) realisiert werden soll.

Bernhard Schmid, Paris ■

Frontex-Mission CHRONOS startet im April

Die Außengrenzkontrolle der EU gegen die illegale Migration im Mittelmeer wird im April beginnen und im Oktober enden. Fokus wird dieses Jahr die Zurückschiebung von illegalen Migranten in ihre Heimatländer sein, alle EU-Länder sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

Der Name der letzten vier Mittelmeermissionen NAUTILUS wird sich in den Namen CHRONOS ändern. Laitenen, Frontex-Chef in Warschau, gab noch keine weiteren Details bekannt, wie die letzte Mission, die von Malta geleitet wurde, gelaufen ist. Laut Frontex haben nur 3300 Migranten Malta und Lampedusa im letzten Jahr erreicht (2009), weniger als die Hälfte des vorangegangenen Jahres. Auf Malta waren 2008 2775 Ankünfte zu verzeichnen, 2009 waren es 1475.

Simon Busuttil, Mitglied des Europarlaments und der nationalistischen maltesischen Partei, kritisierte die mangelhafte Teilnahme anderer EU-Staaten an der letzten Mission. (...) Nur Deutschland habe mit zwei Helikoptern einen beträchtlichen Teil zur Mission beigetragen, so Laitenen. Auch Luxemburg habe ein kleines Flugzeug zur Verfügung gestellt.

Andere Mitgliedstaaten wieItalien, wo auch viele Migranten anlanden, hätten sich nicht beteiligt. Frankreich bezeichnete die letzte Mission als totalen Misserfolg. Frontex wird sich nun in diesem Jahr vor allem in Rückführungen engagieren, dafür werde der Etat von 5 Mio. auf 9 Mio. angehoben. Auf die humanitären Probleme bei Rückschiebungen wie z. B. von Italien nach Libyen angesprochen, sagte Laitenen nur, Frontex könne sich nicht in bilaterale Abkommen einmischen.

Quelle: borderline-europe.de (Artikel: timesofmaltacom in engl. Sprache, gekürzte Übersetzung) ■

Empörung über Roma-Lager in Kosovo

BRÜSSEL. Einmal mehr hat eine offizielle Stelle die lebensgefährliche Unterbringung von Roma in bleiverseuchten Lagern im Kosovo kritisiert. Die eklatanten Missstände sind längst erkannt, sind aber bisher nicht behoben worden.

Bei einem Besuch in Kosovo hat sich der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, empört über die Lebenssituation von Hunderten von Roma-Flüchtlingen in zwei bleibelasteten Lagern geäußert. „Ich betrachte das als Skandal“, sagte Hammarberg am Freitag in Pristina. Dieser Skandal betreffe auch die internationale Gemeinschaft, da Kosovo seit 1999 jahrelang unter Uno-Verwaltung stand.

Die Lager im Norden Kosovos wurden in der Nähe einer ehemaligen Bleimine errichtet. Die Lebenssituation der dort lebenden Menschen müsse so schnell wie möglich verbessert werden, forderte der Europarats-Kommissar.

Nach der Vertreibung der serbischen Truppen aus Kosovo im Jahr 1999 siedelte die damalige Uno-Verwaltung Roma-Flüchtlinge in drei Lagern im Norden der ehemaligen serbischen Provinz an. Eines der Lager wurde in der Zwischenzeit geschlossen. In den beiden verbliebenen leben immer noch rund 500 Menschen. Vor allem für Kinder bedeutet die Bleibelastung ein erhebliches gesundheitliches Risiko. Bleirückstände gelten als krebserregend und können unter anderem das Nervensystem beeinträchtigen.

Für die Behörden stellen die Flüchtlingsunterkünfte ein Problem dar, weil der Einfluss der Regierung in Pristina im serbisch dominierten Norden begrenzt ist. Die internationale Verwaltung endete, nachdem sich Kosovo im Februar 2008 für unabhängig erklärt hatte.

Der Europarats-Menschenrechtskommissar rief Deutschland, Österreich, die Schweiz und Schweden auf, derzeit keine weiteren Flüchtlinge aus Kosovo in ihre Heimat zurückzuschicken. „Mein Eindruck ist, dass Kosovo gegenwärtig noch nicht in der Lage ist, weitere Rückkehrer aufzunehmen“, sagte Hammarberg.

Laut Uno-Statistik wurden 2009 rund 2500 Flüchtlinge aus europäischen Ländern nach Kosovo zurückgeschickt, die meisten von ihnen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Schweden.

Quelle: Roma Virtual Network 13.02.2010 ■

Rund 50.000 Asylberechtigte in Deutschland

BERLIN. In Deutschland haben Ende vergangenen Jahres mehr als 50.000 asylberechtigte Menschen gelebt. Zum Stichtag 31. Dezember 2009 seien im Ausländerzentralregister (AZR) 51.506 Personen mit einer Asylberechtigung erfasst gewesen, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/642) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/457). Die drei Hauptherkunftsländer waren demnach die Türkei mit 20.902 Asylberechtigten, der Iran mit 6.879 Betroffenen und Afghanistan mit 3.408 Personen.

Insgesamt 34.460 Menschen waren laut Vorlage Ende 2009 im AZR erfasst, denen eine Aufenthaltsgestattung als Asylsuchende erteilt wurde. Hauptherkunftsland war dabei der Irak mit 6.722 Fällen, gefolgt von Afghanistan mit 3.579 Fällen und der Türkei mit 2.377 Fällen.

Die Zahl der zum Jahreswechsel registrierten Menschen mit Flüchtlingsschutz betrug den Angaben zufolge 67.585. Hauptherkunftsland war in diesen Fällen der Irak mit 31.978 Personen vor der Türkei mit 9.049 und dem Iran mit 5.119.

Wie es in der Antwort weiter heißt, waren zu dem Stichtag 24.839 Menschen mit einem Aufenthaltstitel erfasst, die aufgrund bestimmter Abschiebungsverbote erteilt werden. Hauptherkunftsländer waren hier laut Bundesregierung Afghanistan mit 7.294 Fällen sowie die Türkei mit 1.803 Fällen und der Irak mit 1.084 Fällen.

Der Vorlage zufolge waren im AZR Ende 2009 insgesamt 21.432 Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund der gesetzlichen Altfallregelung registriert. Die Zahl der zum Stichtag erfassten Personen mit einer Duldung gibt die Bundesregierung mit 89.498 an.

Quelle: Jesuitenflüchtlingsrat 11.2.2010 ■

Regelsätze für Asylsuchende verfassungswidrig

BERLIN. Als Konsequenz aus der Karlsruher Entscheidung zu Hartz IV fordert die bundesweite Flüchtlingsorganisation PRO ASYL die Erhöhung der Regelsätze des Leistungsgesetzes für Asylsuchende.

Sie liegen nach diesem Gesetz für Asylsuchende und Geduldete mehr als 35 % unter den Hartz IV-Sätzen. Seit Einführung des Gesetzes im Jahr 1993 sind die Sätze von 360 DM für den Haushaltsvorstand, 220 DM für Kinder unter 8 Jahren und für andere Familienmitglieder 310 DM nicht mehr geändert worden. Der Gesetzgeber hat nicht einmal eine Umrechnung auf Euro-Beträge vorgenommen!

Die pauschale Kürzung der Regelsätze für Kinder ist ebenso wie bei Hartz IV-Empfängern mit den vom Bundesverfassungsgericht formulierten verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht zu vereinbaren.

Die Sätze wurden vor 17 Jahren willkürlich festgelegt und seitdem nie wieder in Frage gestellt, geschweige denn zumindest der Inflationsrate angepasst. Asylsuchende, Geduldete und auch Menschen mit einem humanitären Aufenthaltsstatus werden mindestens vier Jahre vom sozialen Existenzminimum ausgeschlossen und müssen unter Mangelversorgung leiden. Dies ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar.

„Nicht nur Hartz IV, auch das Asylbewerberleistungsgesetz ist verfassungswidrig“, sagt Marei Pelzer, rechtspolitische Referentin von PRO ASYL.

Die in der Debatte um Hartz IV vorgeschlagenen Sachleistungen führen Schritt für Schritt in die Entmündigung der Betroffenen. Sachleistungen schränken die freie Entfaltung der Persönlichkeit ein und verhindern, dass die Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

An der Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland zeigt sich, zu welchen Auswüchsen der Entmündigung dies führen kann. Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg zwingen Flüchtlinge, in Lagern zu leben und sich aus zugewiesenen Lebensmittelpaketen zu ernähren. Kleidung gibt es aus der Kleiderkammer.

Sachleistungen stellen ein Schikaneinstrument dar und entmündigen Menschen. Dies ist weder für Flüchtlinge noch für Hartz IV-Empfänger zumutbar.

PRO ASYL fordert den Gesetzgeber auf, verfassungsgemäße Sozialleistungen für alle Bedürftigen zu schaffen und sich von diskriminierenden Sondergesetzen zu verabschieden.

Quelle: Presseerklärung ProAsyl 11.2.2010 ■

Bundesregierung macht Unternehmer zu Abschottungshelfern

BERLIN. Gegen Fluggesellschaften und andere Beförderungsunternehmen, die Ausländer ohne Einreiseerlaubnis transportiert haben, werden immer mehr und immer höhere Zwangsgelder verhängt, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hervorgeht (BT-Drs. 17/459). Danach ist die Summe der verordneten Zwangsgelder von 7.000 Euro im Jahr 2007 auf 1,4 Millionen Euro im vergangenen Jahr geradezu explodiert. Die jeweils verordneten Strafen waren dabei doppelt so hoch wie in den Vorjahren. Die Kosten des Rücktransports der zurückgewiesenen Ausländer müssen die betroffenen Fluggesellschaften ohnehin übernehmen. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion, erklärt dazu:

„Die Bundesregierung erhöht den Druck auf Fluggesellschaften, an der Abschottung Deutschlands gegen Flüchtlinge mitzuwirken. Durch die Zwangsgelder versuchen die zuständigen Behörden, Fluggesellschaften und andere Beförderungsunternehmen zur verstärkten Kontrolle ihrer Passagiere anzuhalten. Damit wird die hoheitliche Aufgabe der Grenzkontrolle auf private Unternehmen abgewälzt. Sie sollen nur jene transportieren, die über entsprechende Dokumente verfügen. Doch wer fliehen muss, hat oft nicht die notwendigen Papiere und kann sie sich auch nicht beschaffen – es ist geradezu absurd, von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu verlangen, dass sie die richtigen Papiere vorweisen können. Die entsprechenden Regelungen im Aufenthaltsrecht müssen endlich abgeschafft werden."

Die Kleine Anfrage und die Antwort können auf meiner homepage abgerufen werden: www.ulla-jelpke.de

PM 9.2.10, Ulla Jelpke, MdB ■

Abschiebepolitik hat den Ruch der Korruption

BERLIN. „Die Abschiebepolitik von Bund und Ländern hat den Ruch von Korruption", kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drs. 17/575). Danach wurden in den vergangenen beiden Jahren 3.500 Ausländer vor allem aus Afrika Delegationen aus ihren vermeintlichen Herkunftsstaaten vorgeführt, wobei zum Teil fünfstellige Beträge an die Delegationen flossen. Jelpke:

„Wenn ausländische Delegationen vermeintlich eigene Staatsangehörige identifizieren sollen, legen die deutschen Behörden dafür einige Euro auf den Tisch. Obwohl die Delegationen nach Angaben der Bundesregierung hoheitliche Aufgaben ihrer Entsendestaaten ausführen, indem sie Pass- und Reisepapiere ausstellen, wird ihr Aufenthalt von deutscher Seite finanziert. Neben der Kostenübernahme für Hotelübernachtungen erhalten die Delegationsteilnehmer Tagegelder von gut 100 Euro. Für die ausgestellten Heimreisedokumente werden zusätzlich Gebühren von bis zu 300 Euro fällig. Es ist mindestens eigenartig, dass die deutschen Behörden für Verwaltungsleistungen bezahlen, die andere Staaten für ihre eigenen Staatsangehörigen erbringen.

Wo die entrichteten Gebühren schließlich hinfließen, geht aus der Antwort der Bundesregierung nicht hervor. Dem Verdacht, dass nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist, hat sich unter anderem das Verwaltungsgericht Bremen angeschlossen und die Abschiebung eines Afrikaners nach Sierra Leone gestoppt (Az. 4 V 1306/09).

Ich fordere Bund und Länder auf, diese Praxis der Beschaffung von Heimreisedokumenten endlich einzustellen."

Die Kleine Anfrage und die Antwort der Bundesregierung können auf meiner homepage www.ulla-jelpke.deabgerufen werden. *Ulla Jelpke, MdB Fraktion DIE LINKE* ■

Abschiebung von Kindern aus Deutschland aussetzen!

Anlässlich des zweiten Jahrestages der Unabhängigkeit des Kosovo am 17.2.2010 macht UNICEF auf die extrem schwierige Lebenssituation und mangelnde Integration von Roma-Kindern in dem noch immer vom Bürgerkrieg gezeichneten Land aufmerksam. Im Kosovo leben etwa 60 Prozent der Roma-Kinder unterhalb der Armutsgrenze. Eine ausreichende Gesundheitsversorgung existiert für sie nicht. Roma-Familien, die aus Deutschland abgeschoben wurden, leben oft außerhalb der Gemeinden, in Holzbaracken, ohne Heizung und in verwahrlosten Verhältnissen.

Die Europaabgeordnete Barbara Lochbihler (Grüne), die auch Mitglied des Deutschen Komitees für UNICEF ist, hat in den vergangenen Tagen den Kosovo besucht: „Abschiebung in den Kosovo bedeutet für viele Roma aus Deutschland Abschiebung in die Fremde und ins Elend", so die Menschenrechtsexpertin. „Vor allem Kindern wird hier die Zukunft verbaut. Sie leiden enorm unter den katastrophalen Bedingungen in den Flüchtlingslagern und Roma-Siedlungen. Als ‚Zigeuner' werden sie sowohl von der albanischen als auch von der serbischen Bevölkerung geschnitten. Entsprechend schwierig ist ihr Zugang zum regulären Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen."

Vor diesem Hintergrund appelliert UNICEF an die Bundesregierung und die Bundesländer, Abschiebungen von Roma-Kindern und ihren Familien in den Kosovo bis auf weiteres auszusetzen. Kinder aus Roma-Familien haben im Kosovo derzeit schlechte Bildungschancen, keine ausreichende medizinische Versorgung und es gibt für sie kaum gezielte Integrationsangebote. Von Deutschland unterstützte spezielle Betreuungsangebote sollen ausgedehnt und auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern zugeschnitten werden. Vor etwaigen Abschiebungen müssen die Lebensperspektiven für die betroffenen Kinder in jedem Einzelfall geprüft werden.

„Das Wohl der Kinder muss bei allen Maßnahmen im Vordergrund stehen", so der Leiter des UNICEF-Büros im Kosovo, Johannes Wedenig. „Derzeit kann das im Kosovo nicht garantiert werden."

Die Bundesregierung hat mit den kosovarischen Behörden ein bilaterales Abkommen verhandelt, dem zufolge in den kommenden Jahren bis zu 2.500 Personen aus Roma-Gemeinschaften pro Jahr aus Deutschland abgeschoben werden können, darunter viele Kinder und Jugendliche. Einzelne Bundesländer haben bereits mit Abschiebungen von Roma begonnen.

Die UNICEF-Vertretungen im Kosovo und in Deutschland appellieren gemeinsam an die deutsche Bundesregierung, in das Abkommen die verbindliche Prüfung des Kindeswohls in Übereinstimmung mit der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen aufzunehmen. Deutschland hat die Konvention allerdings nur mit Vorbehalten ratifiziert.

UNICEF fordert von der Bundesregierung die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auch für Flüchtlingskinder. Eine entsprechende Absichtserklärung im Koalitionsvertrag von CDU,

→

CSU und FDP zur Rücknahme der Vorbehalte muss aus Sicht von UNICEF endlich umgesetzt werden.

Knapp zwei Drittel der Kinder in den Roma-Siedlungen im Kosovo leben unter der Armutsgrenze. Oft werden sie bei der Geburt nicht registriert. Dadurch bleibt ihnen der Zugang zu Sozialleistungen und auch zum Schulunterricht oft dauerhaft verwehrt. Es wird geschätzt, dass nur 75 Prozent der Roma-Kinder im Grundschulalter eingeschult sind und nur 25 Prozent der Roma-Kinder eine weiterführende Schule besuchen.

Besonders besorgniserregend ist die Situation von Kindern und Jugendlichen aus Roma-Familien, die in Deutschland aufgewachsen und zur Schule gegangen sind. Sie sprechen vorwiegend Romani und Deutsch – in den Schulen des Kosovo wird aber nicht auf Romani unterrichtet. Die schulische Integration von abgeschobenen Roma-Kindern würde daher spezielle Förderungsmaßnahmen erfordern, die zwar vorgesehen sind, aber nicht angeboten werden. Die Chancen auf eine gute Ausbildung sind für Kinder aus Roma-Familien also gering, und damit auch die Möglichkeiten, sich in die kosovarische Gesellschaft zu integrieren. Die Umsetzung eines von den kosovarischen Behörden erarbeiteten Aktionsplans zur Integration von Roma und anderen Minderheiten scheitert bisher an der Finanzierung und den mangelnden Kapazitäten vor allem auf lokaler Ebene.

Barbara Lochbihler sprach bei ihrem Besuch im Flüchtlingslager Leposavic und in einer Roma-Siedlung in Mitrovica-Süd auch mit Familien, die bereits aus Deutschland abgeschoben wurden. So berichtete eine Mutter in Mitrovica-Süd, ihre Familie sei in einer Nacht- und Nebelaktion abgeschoben, die Kinder aus der schulischen Ausbildung in Deutschland herausgerissen worden. Im Kosovo hätten die beiden nach kurzer Zeit verzweifelt die Schule abgebrochen.

Mit acht bis zehn Millionen Angehörigen sind die Roma die größte Minderheit Europas. Die meisten von ihnen leben im Südosten des Kontinents. Fast die Hälfte der Roma in Südosteuropa sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre. Als vergessene Minderheit zwischen den Fronten von Serben, Albanern, Bosniern und Kroaten sind Millionen Roma in den 1990er Jahren vor den Bürgerkriegen des Balkans geflohen. Im Kosovo sollen vor Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Serben und Albanern Mitte der 1990er Jahre noch bis zu 200.000 Roma gelebt haben. Heute wird ihre Zahl auf 35.000 bis 100.000 geschätzt. Die übrigen Kosovo-Roma leben auch mehr als zehn Jahre nach dem Kosovo-Krieg als Flüchtlinge über Europa verstreut.

Quelle: eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de - flucht@nds-fluerat.org ■

Beteiligung an Integrationsratswahlen in NRW konstant

Landesweit variieren die Ergebnisse stark

In 102 Städten in Nordrhein-Westfalen sind am Sonntag, den 7. Februar die Integrationsräte gewählt worden. Darin arbeiten Migranten und Deutsche in einem kommunalen Fachgremium zusammen und gestalten die örtliche Integrationspolitik. Insgesamt waren 1069 Mandate zu vergeben.

Nach vorläufigen Erkenntnissen liegt die Wahlbeteiligung in diesem Jahr bei 11,16 Prozent. Im Vergleich zu den Wahlen 2004 ging die Beteiligung um 0,66 Prozentpunkte zurück und blieb damit fast konstant. Wie schon 2004 variiert die Wahlbeteiligung stark. Auf Grundlage der vorliegenden Zahlen aus den 102 Städten liegt die Spannweite zwischen 33,93 Prozent im ostwestfälischen Harsewinkel und 32,45 Prozent in Kamen und gerade einmal 4,67 Prozent in Düsseldorf sowie 4,17 Prozent in Bergisch Gladbach. „Mit diesem Ergebnis können wir nicht zufrieden sein“, sagt LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltek.

Dabei hatte sich im Vorfeld der Wahlen ein hohes Interesse an Kandidaturen abgezeichnet. So gab es in zwölf Kommunen erstmals Wahlen zu den Integrationsräten, wie in Grevenbroich, Gronau oder Kleve. In den rheinischen Städten Köln und Bonn, mit langjährig tätigen Migrantenvertretungen, traten deutlich mehr Kandidaten an als im Jahr 2004. Auch die etablierten Parteien zeigten ein größeres Interesse an den Integrationsratswahlen. CDU, SPD, Grüne, FDP und Die Linke stellten vielerorts eigene Parteilisten auf.

Dies und ein breiteres Medienecho auf die Integrationsratswahlen konnte die Wahlbeteiligung leider nicht erhöhen. Die Gründe dafür seien vielfältig, meint Keltek: „Man darf nicht vergessen, dass die Integrationsratswahlen unter ungünstigeren Bedingungen als etwa Kommunalwahlen stattfinden.“ Den meisten Kandidatinnen und Kandidaten fehlten die logistischen und finanziellen Mittel für die Wahlwerbung. Daran habe auch das verstärkte Engagement der Parteien nichts geändert.

Schwerer wiegen aber nach Auffassung des LAGA-Vorsitzenden die sehr unbefriedigenden politischen Rahmenbedingungen vor den Wahlen: „So hat die Landesregierung gegen den Rat aller Experten das Wahlrecht für Eingebürgerte stark eingeschränkt. Dadurch kamen viele politisch Interessierte erst gar nicht in die Wählerverzeichnisse.“

Ein weiteres Manko waren die uneinheitlichen Rahmenbedingungen. In 16 Städten Nordrhein-Westfalens wurden Integrationsausschüsse gewählt, in denen die Migrantenvertreter in der Minderheit sind. In diesen Kommunen lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei nur 8,5 Prozent. In Kommunen mit Integrationsräten, in denen die Migrantenvertreter die Mehrheit im Gremium stellen, lag die durchschnittliche Beteiligung bei 11,86 Prozent. „Es hat sich einmal mehr gezeigt,“ so Keltek weiter, „dass die Integrationsratswahlen aufgewertet werden müssen. Eine Zusammenlegung mit der Kommunalwahl, wie von uns und den kommunalen Spitzenverbänden gefordert, ist dringend geboten.“

Mit Blick auf die nun beginnende Amtsperiode der Integrationsräte fordert Keltek: „Der politische Spielraum muss jetzt von den gewählten Integrationsräten genutzt werden, um die kommunale Integrationspolitik zu gestalten. Als LAGA NRW wollen wir die Migrantenvertreterinnen und – vertreter bei ihrer Arbeit unterstützen.“ *PM LAGA NRW, 8.2.2010*

www.integrationsratswahlennrw.de ■

DER RECHTE RAND: Antiziganismus in Deutschland und Europa virulent

76 Prozent der Sinti und Roma sind in Deutschland regelmäßig Diskriminierung ausgesetzt und über 60 Prozent der Deutschen sind antiziganistisch eingestellt, das belegen aktuelle Umfragen. Die antifaschistische Fachzeitschrift DER RECHTE RAND beleuchtet daher in ihrer aktuellen Ausgabe (Nr. 123/2010) ausführlich den ausgeprägten Antiziganismus in Deutschland und Europa. Der Geschichtswissenschaftler Wolfgang Wippermann zeigt die historische Kontinuität von Verfolgung und Diskriminierung bis heute. Auch nach dem Massenmord an den Sinti und Roma ist Antiziganismus noch immer ein „kultureller Code der Mehrheitsgesellschaft“ in Deutschland. Ihre Verfolgung ist noch immer ein blinder Fleck in der Geschichtsschreibung. Der Autor Janosz Malterik wirft in seinem Text „Nur ein toter Zigeuner ist ein guter Zigeuner“ eine genauen Blick auf den militanten, gewaltförmigen Antiziganismus in vielen Ländern Osteuropas.

Über Möglichkeiten, wie Antiziganismus zu begegnen sei, sprach DER RECHTE RAND außerdem mit Hamze Bytyci vom Berliner Verein „Amaro Drom“ für jugendliche Sinti und Roma.

Mit Erscheinen der aktuellen Ausgabe ist die komplett überarbeitete Internetseite **www.der-rechte-rand.de** online gegangen. Dort gibt es auch drei ausgewählte Artikel aus dem aktuellen Heft.

Hungerstreik ausgesetzt – ab jetzt Essenspakete-Boykott

Montag, 15. Februar 2010 in Lagerland. Nach ihrem fast drei Wochen andauernden Hungerstreik haben sich die Flüchtlinge in den niederbayerischen Lagern in Hauzenberg und Breitenberg am Sonntagabend dazu entschlossen, ihren Hungerstreik vorerst auszusetzen. Gleichzeitig fahren sie fort, die Essenspakete zu boykottieren.

„Wir haben in den letzten Tagen gesehen, dass unsere Forderungen nach Bewegungsfreiheit in ganz Bayern, Bargeld statt Essenspaketen und dem Recht auf Arbeit von vielen Seiten unterstützt werden. Die Behörden und die bayerische Regierung wissen über unsere Probleme Bescheid. Wir haben ein Zeichen gesetzt – jetzt wollen wir ein positives Ergebnis sehen“, sagt Kabamba Ban Ibanda aus dem Lager in Hauzenberg, wo der Protest vor 20 Tagen begonnen hatte. „Obwohl wir den Hungerstreik aussetzen, verweigern wir weiter die Essens-pakete. Denn wir brauchen eine wirkliche Veränderung. Wir können nicht unter den Bedingungen weiterleben, die man uns hier im Lager an diesem Ort zumutet“, fügt ein junger Mann aus Breitenberg hinzu, der von Anfang an am Hungerstreik beteiligt war.

In der vergangenen Woche haben zahlreiche politische Parteien und Organisationen, darunter die Landesverbände von Bündnis90/Die Grünen und der Linkspartei, Teile der SPD-Landtagsfraktion, die jungen Liberalen, die bayerische Bezirkskonferenz des DGB, die Ver.di-Jugend München, sowie mehrere Bundestagsabgeordnete der Linken die Anliegen der streikenden Flüchtlinge unterstützt. Sie verlangen von der bayerischen Landesregierung, deren Forderungen zu erfüllen und ihre rigide Asylpolitik endlich zu ändern. Am vergangenen Freitag hatte das örtliche Bündnis für die Rechte der

Flüchtlinge in Passau eine Demonstration zur Unterstützung der Hungerstreikenden vor der dortigen Ausländerbehörde organisiert.

Gleichzeitig verweigert sich die bayerische Landesregierung bislang jeglicher Art von Verbesserung der Lebensverhältnisse, obwohl Bundesländer wie Brandenburg beispielsweise seit langem Bargeld an die dort untergebrachten Flüchtlinge ausgeben. „Die vielen Solidaritätsbekundungen der letzten Tage sowie die heftigen Reaktionen auf das kürzlich von der CSU-Landtagsfraktion vorgelegte Positionspapier zur Asylpolitik in Bayern haben deutlich gezeigt, dass die bayerische CSU krampfhaft versucht, an ihrem mittelalterlichen Kurs festzuhalten. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann und der Regierungspräsident von Niederbayern Heinz Grunwald sollten sich lieber einer konstruktiven Debatte stellen, statt weiterhin mit Wirtshausparolen und falschen Mutmaßungen jeglichen Fortschritt zu blockieren“, kritisiert die Karawane München die fehlende Bereitschaft, auf die Forderungen der streikenden Flüchtlinge einzugehen. Ein breites Bündnis verschiedener Gruppen aus Passau und München wird nun für die Zeit des Essenspaketeboykotts versuchen, eine Notversorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten.

Die Streikenden in Hauzenberg und Breitenberg zeigen sich einstweilen optimistisch, dass sich ihr Protest gegen unerträgliche Lebensbedingungen verbreitert. „Wir wissen, dass die Flüchtlinge in anderen Lagern unseren Hungerstreik und unsere neue Strategie des fortgesetzten Essenspaketboykotts genau mitverfolgen und uns dabei unterstützen wollen“, erklärt Kabamba Ban Ibanda aus Hauzenberg. *http://carava.net/* ■

Oldenburger Flüchtlingslager wird geschlossen

Oldenburg. Wie die NWZ am 5.2. berichtete, wird die ZAAB Oldenburg zum 30.6.2011 geschlossen. Ein entsprechender Beschluss sei im Innenministerium getroffen worden. Die 70 Angestellten der ZAAB wurden bereits am vergangenen Donnerstag von diesem politischen Beschluss informiert.

Zum 30.6.2011 endet der auf zehn Jahre abgeschlossene Mietvertrag mit dem privaten Besitzer der Immobilie, einem Hanseatischen Konsortium. Eine formale Kündigung des Mietvertrags muss bis zum 30.5.2010 erfolgt sein. Einen entsprechenden, förmlichen Beschluss hat das Kabinett noch nicht verabschiedet.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, die offenbar vor allem fiskalisch begründet ist – die Kosten der Unterbringung und Versorgung in den Landeseinrichtungen sind fast dreimal höher als die Kosten einer dezentralen Unterbringung - als einen Schritt in die richtige Richtung. Nach wie vor unterhält das Land Niedersachsen mit der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde in Braunschweig, der Außenstelle in Bramsche und dem Grenzdurchgangslager Friedland jedoch mehr zentrale Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge und Aussiedler/innen als nötig. Daher fordert der Flüchtlingsrat die Schließung von mindestens einer weiteren Aufnahmeeinrichtung des Landes. Die gesetzlich vorgeschriebene Erstaufnahme und Registrierung in zentralen Einrichtungen könnte in ein bis zwei Wochen abgeschlossen sein. Eine Integration der Neuankömmlinge kann und sollte vor Ort in den Kommunen ermöglicht und organisiert werden.

Die organisatorischen Folgen der Schließung der ZAAB Oldenburg sind noch nicht in allen Einzelheiten absehbar. Unstreitig dürfte sein, dass Flüchtlinge schneller auf die Kommunen verteilt werden, damit alle Neuankömmlinge in der ZAAB aufgenommen werden können. Ob auch das „Ausreisezentrum“ auf dem Gelände der ZAAB Braunschweig geschlossen wird, ist unklar.

Die Schließung der ZAAB Oldenburg hat auch Folgen für die Abläufe beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): In Braunschweig wird das BAMF mehr Herkunftsländer anhören und entsprechend weiteres Personal einstellen müssen. Noch unsicher ist, ob Oldenburg als BAMF-Standort erhalten bleibt. Denkbar ist, dass die Außenstelle des BAMF in Oldenburg für alle Verfahren zuständig gemacht wird, die keine persönliche Anhörung erfordern (Widerruf, Erlöschen, Folgeanträge, Vertretung des BAMF vor den Verwaltungsgerichten pp.). Voraussetzung für eine solche Entscheidung wäre allerdings, dass der Vermieter den Mietvertrag mit dem BAMF ungeachtet der Kündigung dieses Mietvertrags durch das Land fortsetzt.

Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

SALON DEUTSCHLAND

Wolfgang Martynkewicz belegt auf eindrucksvolle Weise, dass Geist und Macht, also große Teile des (Bildungs) bürgertums und der Nationalsozialismus, nicht von ungefähr zueinanderfanden.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert und um die Jahrhundertwende gab es in Deutschland (wie in Österreich) auch in bürgerlichen Kreisen eine relativ breite, in sich differenzierte „Aufbruchs"bewegung: gegen erstarrte Strukturen, gegen den Wilheminismus, hin zu „Neuem" und zur „Jugend".

Die anfangs zumeist fortschrittliche Aufbruchsstimmung ging jedoch bald einher „mit einem ausgeprägten Unbehagen an bestimmten Erscheinungsformen der Moderne – wie der Massenkultur, Demokratisierungsprozessen, fortschreitender Industrialisierung, und der Spezialisierung der Wissenschaften; dieses Unbehagen zeigte sich insbesondere im Rückgriff auf vormodernes und sogar archaisches Denken" (S. 17).

Im Münchner Salon des Verlegerehepaares Hugo und Elsa Bruckmann, das im Zentrum des Buches von Martynkewicz steht, und wo sich „alles was Rang und Namen" hatte, traf, spiegelt sich diese Entwicklung in konzentrierter Form. Die Elogen etwa von Hofmannstahl, Rilke, Thomas Mann, die in dem Salon der Bruckmanns ein und aus gingen, auf die „reinigende Kraft" des Krieges, die Beschwörung des „Kriegsgotts", die Umfunktionierung von Hölderlin zu einem Kriegsapostel (im Gegensatz zum „oberflächlichen" (sic!) Goethe) sind symptomatisch dafür.

Nach dem Zusammenbruch des alten Deutschland war nach 1918 wieder „Neuanfang" angesagt. Mit Weimar konnten viele (Bildungs)bürger wenig anfangen, einem Großteil war – die noch dazu schwächelnde – Republik ein Dorn im Auge. Im Salon der Bruckmanns diskutierte man „über Macht und Herrschaft, inbesonders über den wahren Herrscher und seine mythischen Ursprünge. Einige dachten an einen geistigen Souverän, andere hatten das Vorbild Mussolini im Kopf, die Bruckmanns selbst sahen schon früh in Hitler die ideale Verkörperung eines Führers, der das zerrissene Volk und das geteilte Land heilen konnte" (S.18).

Hitlers erster Besuch im Salon war im Dezember 1924. Hitler wurde von den Bruckmanns nicht nur in die „höheren Kreise"eingeführt, sondern aktiv unterstützt – politisch und nicht zuletzt finanziell. Bis zum bitteren Ende.

Das Buch von Martynkewicz liefert eine Fülle von – mitunter überraschenden – Einblicken und Analysen, warum wesentliche Teile der „Geistesaristokratie" gemeinsame Sache mit den Nazis machten: das „Elite"bewusstsein, die – im Gefolge von Nietzsche – „Kunstreligion", die zur „Retterin der Gesellschaft" auserkoren wird. Selbst die heute nur mehr lächerlich wirkende Rhetorik Hitlers fand Anklang: weil hier angeblich „Echtes", „Unverfälschtes", „Starkes" zum Ausdruck kam.

Die Entwicklung verlief auch nicht eindimensional. 1933/34 „ hofierte Goebbels noch die expressionistischen Künstler" (S.486). Erst später gewann der auf „Monumentalität" erpichte Neoklassizismus die Oberhand.

Zwei kritische Bemerkungen scheinen angebracht: Martynkewicz blendet Analysen, die in eine ähnliche Richtung wie seine Studien weisen, weitgehend aus. Brigitte Hamann (1) etwa, die interessantes Material zur Wirkung des – antisemitisch instrumentalisierten – Wagner-Mythos beim Aufstieg und der Machtergreifung der Nazis vorgelegt hat, wird mit einer Fußnote abgespeist (S. 422).

Der Umstand, dass es den Nazis (wie den italienischen Faschisten) als „Speerspitze der Reaktion" und Garanten der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse vor allem um die Machtergreifung und Machterhaltung ging, ideologische Fragen von ihnen – trotz allem Gerede vom „Kulturstaat" – daher eher „ pragmatisch" (Paxton - (2)) angegangen wurden, wird nicht entsprechend gewichtet.

Hermann Dworczak ■

(1) Brigitte Hamann: Winifried Wagner oder Hitlers Bayreuth. Piper Verlag, München 2002
(2) Robert O. Paxton: Anatomie des Faschismus. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006

Wolfgang Martynkewicz: Salon Deutschland. Geist und Macht 1900-1945. Aufbau Verlag Berlin 2009. 617 Seiten, Euro

„Kommt herunter, reiht euch ein..."

Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen
Buchvorstellung im Centro Sociale, Sternstraße 2, Hamburg
am Mittwoch, 31. März 2010
Beginn: 19:30 Uhr
In Kooperation mit der Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55

Im Laufe der wechselvollen Geschichte der sozialen Bewegungen hat sich ein vielfältiges Repertoire an Protestformen herausgebildet: Straßendemonstrationen, Kundgebungen, Infostände, Happenings, Reclaim-the-Street-Partys, Pink & Silver, Rebel Clown Army, Streiks oder Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Warenboykott, Sitzblockaden oder Tortenwerfen.

Das Buch beschreibt Geschichten der Protestformen von 1848/49 bis heute. Im Vordergrund steht die Frage, welche Möglichkeiten sich daraus für eine zeitgemäße politische Praxis ergeben. Präsentation und Diskussion mit Autor_innen, unter anderem Karoline Boehm, Larissa Denk, Andrej Mischerikow und Fabian Waibel.

Das Buch ist 2009 im Verlag Assoziation A erschienen und kostet 18 Euro

Buchhandlung im Schanzenviertel GmbH, Literatur & Politik ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Deutsch-polnische Beziehungen: Leichen im Keller

Da legt die Bundeskanzlerin einem dunkelhäutigen Mädchen freundlich in die Kamera lächelnd die Hand auf die Schulter und im farblich hervorgehobenen Text unmittelbar neben diesem Bild heißt es fordernd: „Hände weg von unseren Kindern!“. Ob der Redaktion von ZUERST! die unfreiwillige Komik ihres Februar-Titelbildes aufgefallen ist? Dabei geht es, auch wenn der Verdacht nahe liegt, offenbar nicht darum, Angela Merkel von Kindern fernzuhalten. Das Bild, dass die Einbürgerungsfeier der Familie Kethiri zeigt, an der die Kanzlerin und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, teilgenommen hatten, wurde hinterlegt mit einer Kampfszene: Zwei Männer mit brauner Hautfarbe prügeln auf einen blassen, blonden Mann ein, einer der beiden schwingt einen Knüppel. Der Text dazu: „Der dumme Deutsche – Von der Ausländer-Integration zur Inländer-Diskriminierung“.

Im Beitrag zum Titel, der aus den Federn von Chefredakteur GÜNTER DESCHNER, ANNA KALB und MARKUS SCHWERDTFEGER stammt, wird den Leser(inne)n schnell deutlich gemacht, um wen es geht: „Es sind nicht die vielen Italiener, Spanier, Griechen, Kroaten, Portugiesen, Holländer, Franzosen, Polen, Tschechen, Amerikaner, Engländer oder Ungarn, deren Präsenz in Deutschland als ‚Konfliktpotential‘ wahrgenommen wird, ... und selbst viele Türken nicht, die hier seit Jahren einer geregelten Arbeit nachgehen. Wenn von ‚Bedrohung‘ und ‚Konflikt‘ gesprochen wird, dann geht es in erster Linie um Migrantengruppen, die – mitten in deutschen Großstädten – die oftmals verstörenden Gewohnheiten und Alltagskulturen ‚südländischer‘, anatolischer oder orientalischer Unterschichten, von Familienclans und Moscheegesellschaften beibehalten und mitunter schwerkriminelle Exzesse hier austragen“. Es geht also nicht um Migranten an sich, sondern um die „Problemgruppen“ unter ihnen. Natürlich muss da auch wieder das SPD-Mitglied THILO SARRAZIN als Zeuge herhalten, der im „Bild-Jahrbuch 2010“ schrieb: „Viele Menschen haben den Wunsch, als Deutsche unter Deutschen zu leben, und fühlen sich bedrängt vom Wandel unserer Städte und den Zuständen an vielen Schulen“.

Siehe da, schon geht es nicht mehr um einzelne Gruppen von Migranten sondern Deutsche wollen unter Deutschen leben. Die normalerweise gebräuchliche Bezeichnung für eine solche Haltung heißt Apartheid. Der Beitrag beschäftigt sich allerdings nicht mit „normalem“ Rassismus sondern mit einer vorgeblichen Diskriminierung von Deutschen gegenüber Migranten: „Paradoxerweise hat dieses Gefühl, als Deutscher in Deutschland diskriminiert zu sein, wie das Meinungsforschungsinstitut Sinus Sociovision 2009 festgestellt hat, gerade in den letzten drei Jahren deutlich zugenommen, seit 2006 das ‚allgemeine Gleichbehandlungsgesetz‘ (AGG) meist ‚Antidiskriminierungsgesetz‘ genannt, erlassen worden ist. Die Studie zur Antidiskriminierungspolitik hat ergeben, daß es in Deutschland zwar generell eine starke Ablehnung von Ungleichbehandlung gibt, daß aber das von EU und SPD gewollte und von der CDU mitverabschiedete Gesetz von der Mehrheit der Deutschen abgelehnt wird. Überflüssig, bürokratisch, ineffektiv – so das Verdikt.... Die schärfste Kritik am Antidiskriminierungsgesetz richtet sich auf das, was in den USA ‚affirmative action‘ heißt und was deutsche Politiker den ‚horizontalen Ansatz‘ nennen, die ‚besondere Zuwendung‘ für bestimmte ‚benachteiligte Gruppen‘. Dazu zählen die Bevorzugung von Migranten bei Stellenausschreibungen und die Einräumung von Sonderrechten für Muslime“.

Solch positive Sonderbehandlungen sind im kritisierten Gesetz allerdings überhaupt nicht vorgesehen, es geht darin schließlich um den Schutz von Menschen gegen Diskriminierung und damit um die Umsetzung von Grundrechten. Die Autoren bauen also ein Bedrohungsszenario auf, dass der Realität nicht entspricht. Sie stellen Behauptungen auf, bzw. verstecken sich hinter einer angeblichen Mehrheitsmeinung der Bevölkerung, um rassistische Gedanken verbreiten zu können. Daran ändert auch das im Rahmen des Beitrages abgedruckte Gespräch mit dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat nichts, das als journalistisches Feigenblatt die rassistischen Blößen verdecken soll.

HEINZ NAWRATIL, Publizist (u.a. „Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewußtsein“) kommentiert die Auseinandersetzungen um Erika Steinbach und die Stiftung „Flucht, Vertreibung und Versöhnung“. „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen waren ja die Leiche im Keller der deutsch-polnischen Beziehungen“. Offenbar hat dem Unterbewusstseins-Spezialisten Nawratil da das eigene Unterbewusstsein einen üblen Streich gespielt, anders ist die Metapher von den Leichen im Keller nicht zu erklären.

KARSTEN NEUBER berichtet über den Direktor des Museums im ehemaligen KZ Auschwitz, Dr. Piotr Cywinski und dessen zahlreiche Funktionen: „Hat Direktor Cywinski bei seinen vielfältigen Nebenbeschäftigungen überhaupt noch die notwendige Zeit, das Museum zu leiten? Muß man sich wirklich darüber wundern, daß ausgerechnet polnische Medien wie die Nachrichtenseite Polskaweb darüber spekulieren, daß der dubiose Diebstahl des ‚Arbeit macht frei‘-Schildes vom Auschwitzer Eingangsportal womöglich ein Marketing-Coup gewesen sei, um das Museum mal wieder in die Medien zu bringen? 60 Millionen Euro deutscher Steuergelder in den Händen eines Multifunktionärs und Tausendsassas?“ Gemeint ist: Keine deutschen Steuergelder für das Mahnmal deutscher Schande.

Illustrierte Magazine wie ZUERST! leben nicht in erster Linie von den Verkaufserlösen sondern von Anzeigeneinnahmen. Bei Organen wie Focus, Spiegel oder Stern wird das deutlich: Einen annähernd gleich großen Anteil wie der redaktionelle Teil nehmen die Anzeigen ein. ZUERST! ist eine solch erfolgreiche Positionierung auf dem Anzeigenmarkt auch in seiner zweiten Ausgabe noch nicht gelungen. Außer den diversen Verlagen des Verlegers DIETMAR MUNIER (ARNDT-Buchdienst, Pour-le-Mérite-Verlag, Bonus-Verlag, Arndt-VerlagVerlag Deutsche Militärzeitschrift) haben lediglich einige wenige einschlägige Verlage wie der Grazer Leopold Stocker Verlag und die Verlagsgruppe Herbig/Universitas/Langen Müller, die ebenfalls deutlich rechte Titel produzieren und vertreiben, Anzeigen geschaltet. Aus den großspurigen Ankündigungen beim Erscheinen des neuen Magazins ist also bisher noch nichts geworden. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507